

Die EIB-Gruppe verstärkt ihre Unterstützung der EU-Politik

Im Jahr 2001 gewährte die Europäische Investitionsbank Darlehen von insgesamt 36,8 Mrd EUR für die Finanzierung von Investitionsvorhaben, die zur Erreichung der Ziele der Europäischen Union beitragen.

Für Vorhaben in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union hat die EIB 31,2 Mrd zur Verfügung gestellt. In den Beitrittsländern hat sie die Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft mit 2,7 Mrd unterstützt; mit weiteren 1,4 Mrd wurden im Mittelmeerraum Projekte gefördert, die einen Beitrag zur Modernisierung der Volkswirtschaften der Länder der Partnerschaft Eu-

ropa-Mittelmeer leisten. In den übrigen Partnerländern erreichten die Finanzierungen 1,5 Mrd.

Zur Refinanzierung der von ihr vergebenen Darlehen hat die EIB 32,3 Mrd EUR auf den Kapitalmärkten aufgenommen. Die Mittelaufnahme erfolgte durch 148 Operationen in 13 Währungen (vor Swaps).

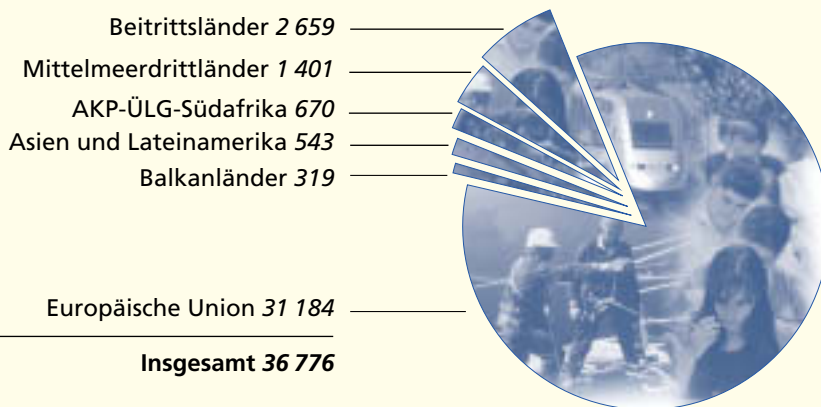
Zum 31. Dezember 2001 belief sich die Bilanzsumme der EIB auf 209,4 Mrd. Die ausstehenden Anleiheverbindlichkeiten erreichten insgesamt 176 Mrd und die ausstehenden Darlehen 221,6 Mrd.

Die Jahrespressekonferenz der EIB zur Tätigkeit der EIB-Gruppe im Jahr 2001 fand am 6. Februar in Luxemburg und am 7. Februar in Brüssel statt.

Im Rahmen dieser Pressekonferenzen stellte Philippe Maystadt, Präsident der EIB-Gruppe, die Ergebnisse für das Jahr 2001 und die mittelfristigen strategischen Orientierungen vor und beantwortete zahlreiche Fragen der anwesenden Journalisten.



Im Jahr 2001 unterzeichnete Verträge (in Mio EUR)



Der EIF im Jahr 2001

Der EIF ist die auf Risikokapitaloperationen und Garantien zugunsten von KMU spezialisierte Finanzierungsinstitution der Europäischen Union.

Im Juni 2000 hat die EIB die Mehrheit am Kapital des Fonds übernommen, der jedoch seine Dreiparteienstruktur (EIB, Europäische Kommission, 28 Banken) beibehalten hat. Im Januar 2001 hat die EIB ihr Beteiligungsportfolio auf den EIF übertragen.

Im Laufe des Jahres 2001 hat der EIF seine Tätigkeit trotz schwieriger Marktbedingungen stark ausgeweitet. Er hat 57 Risikokapitaloperationen im Betrag von 800 Mio EUR in den 15 Mitgliedstaaten und in 5 Beitrittsländern sowie 39 neue Garantieoperationen zugunsten von KMU-Darlehensportfolios im Gesamtbetrag von 958 Mio abgeschlossen.

Zum 1. Januar 2002 verwaltete der EIF ein Portfolio im Umfang von 2 Mrd EUR,

das 153 Risikokapitalfonds umfasste. Seine Garantieverpflichtungen belaufen sich auf mehr als 3,3 Mrd und kommen rund 100 000 KMU zugute.

Inhaltsverzeichnis

Ausführungen des Präsidenten „Schwergewicht auf größere Effektivität von EIB und EIF“	2
Die EIB-Gruppe in der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments	6
Die Tätigkeit der EIB-Gruppe im Jahr 2001	8
EIB-Konferenz 2002 über Wirtschaft und Finanzen	18
Europäischer Rat Barcelona	22
EIB-Forum 2002 in Wien	24



Philippe Maystadt
auf der
Pressekonferenz
in Brüssel am
7. Februar

„Schwergewicht auf größere Effektivität von EIB und EIF“

In den zwei Jahren, seitdem ich das Amt des Präsidenten der EIB-Gruppe übernommen habe, habe ich die Betonung darauf gelegt, den Beitrag der Bank und des EIF zum Erreichen der Ziele der Union wirksamer zu gestalten.

Diese Priorität lässt sich durch die Formel der „Policy driven Public Bank“ beschreiben. Damit ist eine öffentliche Bank gemeint, die im Gleichklang mit den übrigen Institutionen der EU und ohne die öffentlichen Finanzen zu belasten die Durchführung von Projekten unterstützt, die zum Erreichen der vorrangigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ziele der Union beitragen.

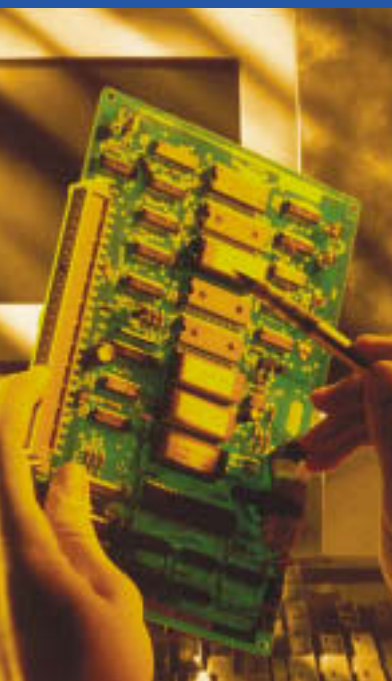
Um dieses Ziel der größeren Effektivität zu verwirklichen, hat die Bank in den vergangenen beiden Jahren verschiedene Entwicklungen vorangetrieben, die ich Ihnen kurz beschreiben möchte.

- Auf institutioneller Ebene haben wir vor allem unseren Dialog mit dem **Europäischen Parlament** intensiviert, indem Ver-

treter der Bank an mehreren Sitzungen von Parlamentsausschüssen (darunter insbesondere der Ausschuss für Wirtschaft und Währung) teilgenommen haben und vor allem indem in einer Plenarsitzung des Parlaments ein *Bericht über die Maßnahmen nach dem Jahresbericht der Europäischen Investitionsbank* diskutiert wurde (siehe Seite 6). Es geht darum, einen freien und offenen Dialog darüber zu führen, welchen Beitrag die Bank zur Umsetzung der Ziele der EU leisten kann, wobei die gewählten Vertreter der Bürger der Union zugleich Antriebskraft und oberstes Kontrollorgan sind. Dieser Dialog ist für uns sehr informativ: Er ermöglicht es uns gleichzeitig, unsere Aktivitäten besser bekannt zu machen und die Prioritäten des Europäischen Parlaments kennen zu lernen. Schließlich - und das ist zweifellos das Wichtigste - ermöglicht es dieser kontinuierliche Dialog dem Parlament, die Tätigkeit der Bank in die Ausübung seiner Rechtssetzungs- und Haushaltsbefugnisse einzubeziehen und somit die Kohärenz der Maß-

nahmen der Union zum Nutzen ihrer Bürger zu verstärken.

- In ähnlicher Weise stellt die Bank der Union im **Ecofin-Rat** ihre Erfahrungen und Sachkenntnisse zur Verfügung, insbesondere was den Einsatz neuer Instrumente betrifft. Das für uns erfreuliche Ergebnis ist, dass es kaum noch eine Tagung des Europäischen Rates gibt, auf der die Staats- und Regierungschefs nicht auf die Bank Bezug nehmen. So wurde zum Beispiel die Bank im März 2001 vom Europäischen Rat Stockholm aufgefordert, ihre Finanzierungen zugunsten der Entwicklung einer leistungsfähigen wissens- und innovationsbasierten Wirtschaft in Europa auszuweiten, und im Oktober 2001 wurde sie in Gent gebeten, einen Beitrag zur Stabilisierung der Investitionstätigkeit in den vom Wirtschaftsabschwung am stärksten betroffenen Sektoren zu leisten. Daneben hat die EIB auch ihre Zusammenarbeit mit der **Kommission** intensiviert, um die Synergien zwischen den Darlehen der Bank, den Operationen



des EIF und den Haushaltsmitteln der Union zum Nutzen der gemeinsamen Ziele zu verstärken. Dies betrifft insbesondere die Bereiche Regionalentwicklung, Heranführung der Beitrittsländer an die EU, Forschung und Entwicklung sowie Förderung der audiovisuellen Produktion in Europa und damit Sektoren, die Gegenstand von Vereinbarungen zwischen unseren beiden Institutionen sind. Darüber hinaus steht eine den Umweltschutz betreffende wichtige Vereinbarung kurz vor dem Abschluss, die eine bessere Koordinierung unserer jeweiligen Aktionen ermöglichen soll. Damit soll insbesondere die konkrete Umsetzung der von der Union hinsichtlich einer nachhaltigen Entwicklung und der Verhinderung des Klimawandels übernommenen Verpflichtungen erleichtert werden.

• Im Jahr 2001 hat die Bank außerdem mit der Umsetzung ihrer neuen Politik der **Transparenz** begonnen. Diese findet ihren Ausdruck vor allem in einer *neuen Informationspolitik*: Die EIB veröffentlicht nunmehr auf ihrer Website eine Liste der in Prüfung befindlichen Projekte mit den wichtigsten Angaben zu jedem Vorhaben, sie macht der Öffentlichkeit ihren Operativen Gesamtplan und verschiedene sektorale Grundsatzunterlagen zugänglich (im Internet finden sich bereits Informationen über ihre Politik bezüglich des Umweltschutzes, der nachhaltigen Entwicklung, der Verhinderung des Klimawandels und der Vorbereitung der Beitrittsländer auf die EU-Mitgliedschaft), und schließlich veröffentlicht sie detaillierte Angaben zu ihren Prüfungsverfahren und -methoden und zu ihrer Projektüberwachung. Diese Bemühungen um Transparenz werden ergänzt durch einen *kontinuierlichen Dialog mit den Vertretern der Zivilgesellschaft*, der über die NGO geführt wird. Allein im Laufe des Jahres 2001 hat die Bank an fünf von NGO durchgeführten Veranstaltungen über sektorale Aspekte ihrer Aktivitäten teilgenommen und hat selbst zwei Rundtischgespräche organisiert. Das eine befasste sich im Juni in Brüssel mit der Informationspolitik der Bank, während das andere im November in London stattfand und die Politik der Bank hinsichtlich der Armutsbekämpfung und der

nachhaltigen Entwicklung in den aufstrebenden Ländern zum Gegenstand hatte.

• Zur weiteren Unterstützung dieser Politik der Öffnung hat die EIB auch die Kontakte mit dem **Wirtschafts- und Sozialausschuss** intensiviert, um die Stellungnahmen des Ausschusses bei der Festlegung ihrer Darlehenspolitik berücksichtigen und die durch den Vertrag von Nizza gestärkte Rolle des Ausschusses als Schnittstelle zwischen den EU-Institutionen und der Zivilgesellschaft nutzen zu können.

Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Union



Ich habe Ihre Aufmerksamkeit auf diese institutionellen Entwicklungen in der Bank gelenkt, weil sie erhebliche Auswirkungen auf unsere Finanzierungsaktivitäten haben, wie die wichtigsten Merkmale unserer Tätigkeit im Jahr 2001 zeigen.

Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts ...

Lassen Sie mich zunächst auf die vorrangige Bedeutung eingehen, die die EIB-Gruppe seit jeher der Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der Union beimisst und die nunmehr auch die Beitrittsländer einschließt, deren Mitgliedschaft inzwischen in greifbare Nähe gerückt ist.

Im Jahr 2001 hat die EIB rund **22 Mrd EUR** für die Finanzierung von Projekten in **den strukturschwächsten Regionen** der Union und in den Beitrittsländern bereitgestellt. Dieser bis-

lang höchste Betrag kam sämtlichen Bereichen der Wirtschaft zugute - von kleinen und mittleren Basisinfrastrukturvorhaben bis hin zu Industrieprojekten und KMU. Noch wichtiger dabei ist allerdings die beträchtliche Katalysatorwirkung, die damit gegenüber anderen Finanzierungsquellen - insbesondere dem Bankensektor - verbunden ist, da zusammen mit den meisten Finanzierungsbeiträgen der EIB auch Mittel der Strukturfonds der EU zur Verfügung gestellt werden. Ferner ist festzuhalten, dass *die von der Bank in diesen Regionen durchgeführten Finanzierungen in enger*

Übereinstimmung mit den erklärten Zielen der Union erfolgen, womit wir maßgeblich dazu beitragen, der dort lebenden Bevölkerung ebenfalls Zugang zu modernsten Einrichtungen im Gesundheits- und im Bildungswesen (87% der diesbezüglichen Darlehen betrafen strukturschwache Gebiete) sowie zu neuen Technologien und fortgeschrittenen Kommunikationsnetzen zu verschaffen und ihre Lebensqualität sowie die Umweltbedingungen zu verbessern.

... und Verbesserung der Lebensqualität in der Union

Was die zwei letzten Punkte betrifft, so möchte ich unsere kontinuierlichen Bemühungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes unterstreichen. Hierfür wurden 2001 insgesamt 9 Mrd EUR vergeben, davon 8 in der Union. Die Finanzierungen betrafen vor allem die Wasser- und Abfallwirtschaft sowie die Energieerzeugung aus umweltneutralen bzw. er-

neuerbaren Quellen. Die im Rahmen von Globaldarlehen gewährten Mittel trugen ferner zur Durchführung mehrerer Tausend kleiner kommunaler Infrastrukturvorhaben bei, die häufig maßgeblichen Einfluss auf die Lebensqualität in den Regionen haben.

Die Bank wäre sicherlich nicht in der Lage, alljährlich ein derart hohes Finanzierungsvolumen zugunsten des Umweltschutzes zu realisieren, wenn sie nicht eine **kontinuierliche Überprüfung ihrer Evaluierungsverfahren und der Umweltparameter für die von ihr mitzufinanzierenden Projekte** vornehmen würde. Wie ich eben bereits erklärt habe, haben wir zur Unterstützung der von der Union mit Bezug auf Klimawandel und nachhaltige Entwicklung eingegangenen Verpflichtungen unsere umweltstrategischen Unterlagen von Grund auf überarbeitet. Die entsprechenden Texte können auf unserer Website abgerufen werden. Darüber hinaus hat die Bank im letzten Jahr eine Überprüfung ihrer diesbezüglichen internen Strukturen vorgenommen. In der Direktion Projekte wurde eine neue Struktur geschaffen, die eine Abteilung für Umweltfragen sowie eine Arbeitsgruppe für die Prüfung von Umweltaspekten umfasst. Um die Kohärenz zwischen den einzelnen Investitionsvorhaben und den geltenden Umweltkriterien der Bank sicherzustellen und Fragen der Verfahrensweise, der Zusammensetzung des Projektportfolios und der Evaluierung der Operationen vom Standpunkt ihrer Auswirkungen auf die Umwelt aus zu erörtern, kommen die Verantwortlichen der operativen Direktionen der Bank mehrmals jährlich in einem direktionenübergreifenden Lenkungsausschuss für Umweltfragen zusammen.

Modernisierung der Europäischen Wirtschaft ...

Lassen Sie mich nun auf das zweite Ziel eingehen, dem wir Rechnung zu tragen haben. Es betrifft die Modernisierung und Förderung der europäischen Wirtschaft, damit die nunmehr durch die Einführung der neuen gemeinsamen Währung gestärkte Union ihrer Rolle in einer

globalisierten Wirtschaft in vollem Umfang gerecht werden kann. Mit der von der EIB-Gruppe im Anschluss an den Europäischen Rat Lissabon (März 2000) eingeführten Innovation-2000-Initiative (i2i) sind **fünf Ziele** verbunden, die die Modernisierung der Wirtschaft auf technologischem Gebiet und die Anpassung des Humankapitals an die europäische Wirtschaft von morgen betreffen. Im Jahr 2001 verzeichneten die Finanzierungen im Rahmen dieser Initiative einen beachtlichen Zuwachs, wobei sich der Betrag der bisher unterzeichneten Darlehen auf 7,2 Mrd (davon mehr als 5 Mrd im Jahr 2001) und das Volumen der vom EIF übernommenen Kapitalbeteiligungen auf mehr als 2 Mrd (davon 800 Mio allein im letzten Jahr) belaufen. Dies verdeutlicht die Fortschritte, die die EIB-Gruppe mit Blick auf das vom Europäischen Rat Lissabon im März 2000 gesteckte Ziel eines Finanzierungsvolumens von 12-15 Mrd EUR im Zeitraum 2000-2003 bereits jetzt verzeichnen kann. Die sektorale Vielfalt der mitfinanzierten Projekte und ihre starke Konzentration auf die strukturschwachen Gebiete der Union lassen erkennen, dass die EIB-Gruppe innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums in der Lage war, auf eine bestehende Nachfrage der Wirtschaft mit speziell angepassten Finanzierungsprodukten zu reagieren und dabei vorrangig solche Investitionen zu finanzieren, die einen *Transfer von Know-how in die wirtschaftsschwächsten Gebiete ermöglichen*.

... und Unterstützung ihrer Tätigkeit

Des Weiteren hat die Bank auf Ersuchen des Europäischen Rates Gent beschlossen, ihre **Unterstützung der**

vom Konjunkturrückgang besonders betroffenen Wirtschaftsbereiche zu verstärken. Durch ihr Angebot an maßgeschneiderten Finanzierungen wird die Bank eine stabilisierende Rolle bei den Investitionen in solchen Bereichen wie Verkehrs- und Umweltschutzinfrastruktur sowie neue Technologien und Fremdenverkehr spielen können. Dafür wird sie die Gewährung von Darlehen mit Risikoteilung im Rahmen der Fazilität für strukturierte Finanzierungen ausweiten bzw. die Kosten bestimmter Projekte bis zu einer Höhe von 75% - auch im Rahmen von Globaldarlehen - mitfinanzieren.

Beitrittsländer: Umwelt, Direktinvestitionen und Humankapital

Außerhalb der Union widmet die Bank ihre Aufmerksamkeit weiterhin vor allem zwei Regionen, die von besonderer Bedeutung für das künftige Europa sind, nämlich den Beitrittsländern in Mittel- und Osteuropa und den Partnerländern im Mittelmeerraum.

Im Jahr 2001 hat die Bank **2,7 Mrd EUR in den Beitrittsländern** vergeben. Der Gesamtbetrag der seit 1990 zur Vorbereitung auf die EU-Mitgliedschaft gewährten Darlehen hat sich dadurch auf mehr als 16,5 Mrd EUR erhöht. Die in den letzten Jahren eingeschlagene grundsätzliche Richtung wurde weiter verfolgt. So machten die *Darlehen zugunsten der Umwelt im Jahr 2001 20% der Finanzierungen der EIB aus, während das Schwergewicht auf der Förderung ausländischer Direktinvestitionen lag*, die zum Transfer von technischem Know-how und von Kapital in die künftigen Mit-



gliedsländer beitragen und damit die Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder deutlich steigern.

Neue Impulse für den Barcelona-Prozess

Die EIB hat 2001 in den Partnerländern des Mittelmeerraums Darlehen über 1,5 Mrd EUR vergeben. Sie ist damit die bei weitem wichtigste Quelle für Bankdarlehen zur Finanzierung von Vorhaben, die der nachhaltigen Entwicklung dieser Länder zugute kommen. Unsere Finanzierungen verteilen sich gleichmäßig über die gesamte Region und decken die wichtigsten Sektoren der Volkswirtschaften dieser Länder ab. Dabei werden drei Ziele verfolgt:

1) - *Liberalisierung der Wirtschaft* durch die Stärkung des privaten Sektors und die Modernisierung des Bankwesens;
 2) - Förderung einer nachhaltigen Entwicklung durch Schaffung einer Basisinfrastruktur, die in erster Linie dem *Umweltschutz* dient (dafür wurden 2001 34% unserer Darlehen gewährt, der bisher höchste Betrag);
 3) - Unterstützung von *Projekten mit regionaler Dimension*, die zu einer stärkeren Zusammenarbeit der Empfängerländer führen und damit zur wirtschaftlichen Entwicklung und zu größerer Stabilität in der Region beitragen.

Trotz der großen Erfolge, die die unverzichtbare Rolle der Bank bei der Verwirklichung der Ziele der Union in dieser Region bestätigen, ist nicht zu übersehen, dass der 1995 in Barcelona eingeleitete Prozess neuer Impulse bedarf, um den Dialog zwischen der Union und ihren Partnerländern im südlichen und östlichen Mittelmeerraum zu vertiefen. Wie Sie sicherlich wissen, **hat die spanische EU-Präsidentschaft diesem Ziel höchste Priorität eingeräumt**, und die EIB ist entschlossen, mit ihrem finanziellen Know-how, ihren Kenntnissen von Land und Leuten und ihrem Wissen um den in der Region bestehenden Bedarf an allen von ihren Anteilseignern als erfolgversprechend angesehenen Initiativen mitzuwirken. Auf Ersuchen des Rates und gemeinsam mit der Kommission beteiligt sich die EIB daher an den Überlegungen zu den folgenden Maßnahmen:

Die EIB ist die bei weitem wichtigste Quelle für Bankdarlehen zur Finanzierung von Projekten in den Partnerländern des Mittelmeerraums

- Bessere **Koordinierung der verschiedenen Finanzhilfen** der Union und ihrer Mitgliedstaaten.
- Entwicklung **neuer Finanzinstrumente**, z.B. zur Förderung von ausländischen Direktinvestitionen in den Empfängerländern.
- Direktere Beteiligung der **Empfängerländer** an der konkreten Umsetzung der Hilfsmaßnahmen, um ihr Engagement bei der Unterstützung der von der Union finanzierten Vorhaben zu verstärken.

Kapitalerhöhung

Meine bisherigen Ausführungen lassen die Vielzahl von Bereichen und Maßnahmen erkennen, bei denen die EIB-Gruppe im Hinblick auf die Herausforderungen, denen sich die Union gegenüber sieht, verstärkt Verantwortung übernehmen muss.

Die Bank refinanziert ihre Tätigkeit ohne Belastung der öffentlichen Finanzen, indem sie Anleihen auf den Kapitalmärkten begibt. Dort kann sie die von ihr benötigten umfangreichen Mittel zu äußerst günstigen Bedingungen aufnehmen. Dabei greift sie auch auf Finanzinnovationen und Financial Engineering zurück, was allgemein Anerkennung findet, wie die Auszeichnung als bester Emittent des Jahres 2001 durch die Zeitschrift *Euroweek* beweist. Die EIB übt diese Kapitalsteuerfunktion – sie nimmt die Mittel dort auf, wo sie zur Verfügung stehen, und setzt sie dort ein, wo sie benötigt werden – in Einklang mit den politischen Zielen der Europäischen Union und ihrer Anteilseigner aus, die im Operativen Ge-



samtplan der Bank den betragsmäßigen Rahmen und die Prioritäten für die Finanzierungstätigkeit der Bank festgelegt haben: Für die kommenden fünf Jahre sind eine kontinuierliche Zunahme der Finanzierungen außerhalb der Union und eine relative Stabilität des Darlehensvolumens innerhalb der Union vorgesehen. Insgesamt wurden fünf Prioritäten gesetzt, die in meinen vorangegangenen Ausführungen bereits eingehend erläutert wurden.

Per 31. Dezember 2001 erreichte der **Gesamtbetrag der ausstehenden Darlehen 221 Mrd EUR**, während er sich **maximal auf 250 Mrd EUR** belaufen darf. Um die genannten Ziele verwirklichen zu können, habe ich den Anteilseignern der EIB die **Erhöhung des Kapitals der Bank um 50%** vorgeschlagen. Im Verwaltungsrat der Bank ist die Diskussion der Szenarien, die denkbar sind, um die Finanzierungsinstitution der Union mit den Mitteln auszustatten, die sie zur Fortsetzung ihrer Tätigkeit im Dienste Europas benötigt, bereits weit fortgeschritten. Über diese Frage wird der Rat der Gouverneure der Bank in der nächsten Jahressitzung am 5. Juni 2002 entscheiden. Ich zweifle nicht daran, dass die EIB – wie schon bei früheren Kapitalerhöhungen – auch diesmal die nachdrückliche und geschlossene Unterstützung ihrer Anteilseigner erhalten wird.

Die EIB-Gruppe in der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments

EIB-Präsident Maystadt nahm auf Einladung des Parlaments an der Debatte teil und antwortete auf Fragen zum Bericht



In der Plenarsitzung vom 5. Februar hat das Europäische Parlament die Entschließung über den Jahresbericht der EIB-Gruppe für das Jahr 2000 angenommen. Aus diesem Anlass war EIB-Präsident Maystadt eingeladen worden, an der Debatte teilzunehmen, und antwortete auf Fragen, die durch den Bericht aufgeworfen wurden.

Bereits im zweiten Jahr hintereinander hat sich ein Bericht des Parlaments mit der Tätigkeit der EIB-Gruppe befasst. Gestützt auf den Bericht, den der liberale schwedische Abgeordnete Olle Schmidt im Namen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung ausgearbeitet hatte, verabschiedete das Parlament in seiner Plenarsitzung vom 5. Februar hierzu eine Entschließung. In Beantwortung von Fragen der Abgeordneten betonte EIB-Präsident Maystadt, dass er es für berechtigt erachtet, „dass alle öffentlichen Einrichtungen, ein-

schließlich der Finanzinstitutionen, auf die Fragen der gewählten europäischen Volksvertreter antworten und deren Prioritäten berücksichtigen.“

Die Praxis einer Untersuchung der Tätigkeit der Bank durch das Parlament geht auf Fragen des Ausschusses für Wirtschaft und Währung zurück, der einen Überblick über die Ergebnisse der Tätigkeit der Union im Hinblick auf die in den Verträgen festgesetzten Ziele gewinnen wollte. Dabei bezog der Ausschuss auch die Kritik einiger NGO an der Tätigkeit der EIB mit in seine Überlegungen ein. Weniger als ein Jahr nach seiner ersten Stellungnahme zum Jahresbericht 1999, die vom Abgeordneten der Grünen Lipietz ausgearbeitet worden war, konnte das Europäische Parlament mit Genugtuung Kenntnis von den Entwicklungen nehmen, die sich in der EIB vollzogen haben und die in die im parlamentarischen Bericht gewünschte Richtung gehen. Abschließend hat das Europäische Parlament im Übrigen den Wunsch geäußert, dass der mit der Bank aufgenommene politische Dialog weitergeführt und ihm weiterhin Bedeutung beigemessen wird. Das Parlament hat bereits angekündigt, dass es beabsichtigt, auch im nächsten Jahr die Tätigkeit der

EIB zu untersuchen, und der Ausschuss hat bereits die niederländische Abgeordnete der Sozialdemokratischen Partei Ieke van den BURG mit der Vorbereitung der Arbeiten bezüglich der Tätigkeit der EIB-Gruppe beauftragt.

Zu den wichtigen Aspekten, die in dem im Februar 2002 angenommenen Bericht des Parlaments angesprochen werden, gehören die Beitrittsländer, der Umweltschutz, die KMU-Finanzierung, die Frage der aufsichtsrechtlichen Aspekte sowie Information und Transparenz. Auf diese Punkte ging EIB-Präsident Maystadt in der Plenarsitzung ⁽¹⁾ näher ein.

Beitritt

Die Osterweiterung der Union stellt eine große Herausforderung dar. Zur Vorbereitung ihres Beitritts bietet die EIB den künftigen Mitgliedstaaten der Union dieselben Kriterien und Bedingungen für den Zugang zu ihren Finanzierungen wie den Wirtschaftsakteuren in den EU-Mitgliedstaaten. In ihrem für drei Jahre erstellten Operativen Gesamtplan bestätigte die Bank ihre Absicht, ihre Finanzierungstätigkeit in diesen Ländern auszuweiten: sie hat ihr Wachs-

tumsziel für die Finanzierungen in der EU begrenzt, um mehr Spielraum für die Darlehensgewährung in den Beitrittsländern zu haben. Diese kommen nun auch für Darlehen im Rahmen der Innovation-2000-Initiative in Betracht.

Umwelt

Mit dem Umweltbereich hat sich der Berichterstatter besonders aufmerksam beschäftigt. Diesbezüglich antwortete EIB-Präsident Maystadt, dass im Jahr 2001 „ein Fünftel [der] Darlehen direkt der Verbesserung der Umwelt diene. Diesen Anteil [hofft die Bank] schrittweise auf ein Viertel [ihrer] gesamten Darlehen ausweiten zu können.“ Außerdem hat die Bank eine Anregung aus dem Bericht des letzten Jahres von Herrn Lipietz berücksichtigt und eine neue Struktur für ihren Bereich Umwelt⁽²⁾ geschaffen, um ihre Unterstützung der Umweltpolitik der Union und der Förderung einer nachhaltigen Entwicklung noch weiter zu verstärken. Die Bank wird sich bemühen, für jedes finanzierte Projekt größtmögliche Ausgewogenheit zwischen der Berücksichtigung von Umwelterfordernissen und den Bedürfnissen einer Region oder eines Sektors im Hinblick auf ihre wirtschaftliche Entwicklung zu erreichen. Außerdem arbeitet die Bank zur Zeit eine Reihe von Maßnahmen aus, die ihren Beitrag zu den Zielen der Union auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung und der Förderung der alternativen Energien verbessern sollen.

KMU

Die EIB unterstützt kleine und mittlere Unternehmen in erster Linie über Finanzintermediäre entweder durch Globaldarlehen oder durch Risikokapitalfinanzierungen und Rückbürgschaften des Europäischen Investitionsfonds. So wurden nahezu 100 000 KMU indirekt durch die verschiedenen Finanzierungen der EIB-Gruppe unterstützt. Das Europäische Parlament nimmt hiervon Kenntnis und fordert die Bank auf, die KMU über alle Finanzierungsmöglichkeiten, die die EIB ihnen bieten kann, zu informieren.

Aufsichtsrechtliche Aspekte

Bezüglich der Aufsicht über die finanziellen Aktivitäten nimmt das Parla-

ment Kenntnis von den durch die EIB entwickelten externen und internen Kontrollstrukturen, betont jedoch, dass es angebracht ist, darüber hinaus eine angemessene Aufsicht zu gewährleisten. Nach Ansicht des Parlaments könnte diese Aufgabe von der Europäischen Zentralbank übernommen werden. EIB-Präsident Maystadt erklärte, dass die EIB dagegen keine Einwände hat und es begrüßen würde, „wenn eine externe [...] Behörde prüfen würde, dass die Bank die aufsichtsrechtlichen Vorschriften ordnungsgemäß anwendet“. Diese Frage wird auf der nächsten Regierungskonferenz erörtert werden.

Politik der Information und der Transparenz

Das Parlament begrüßt, dass die EIB ihren Dialog mit den gewählten Volksvertretern auf der Ebene der europäischen Institutionen verbessert hat, doch sollten auch die Kontakte zu Einrichtungen auf lokaler Ebene, die direkt von den durch die Bank finanzierten Projekten betroffen sind, vertieft werden. Der Präsident unterstrich in seinen Ausführungen, dass die EIB im Jahr 2000 den Dialog mit den Vertretern der Zivilgesellschaft verstärkt hat, indem sie an von den NGO organisierten Treffen teilnahm und selbst zwei Rundtischgespräche mit NGO organisierte. Außerdem hat die Bank im Jahr 2001 ihre neue Politik der Transparenz umgesetzt, die sich insbesondere in der Veröffentlichung von Dokumenten auf ihrer Website äußert, darunter strategische Dokumente, eine Übersicht über die Evaluierungsmethoden der Bank, die Liste der in Prüfung befindlichen Projekte, alle nach Projektdurchführung erstellten Evaluierungsberichte, usw. Obwohl die Website selbst in nur zwei Sprachen - nämlich Englisch und Französisch - gestaltet ist, sind diese Unterlagen jeweils in allen existierenden Sprachversionen abrufbar.

Kapitalerhöhung

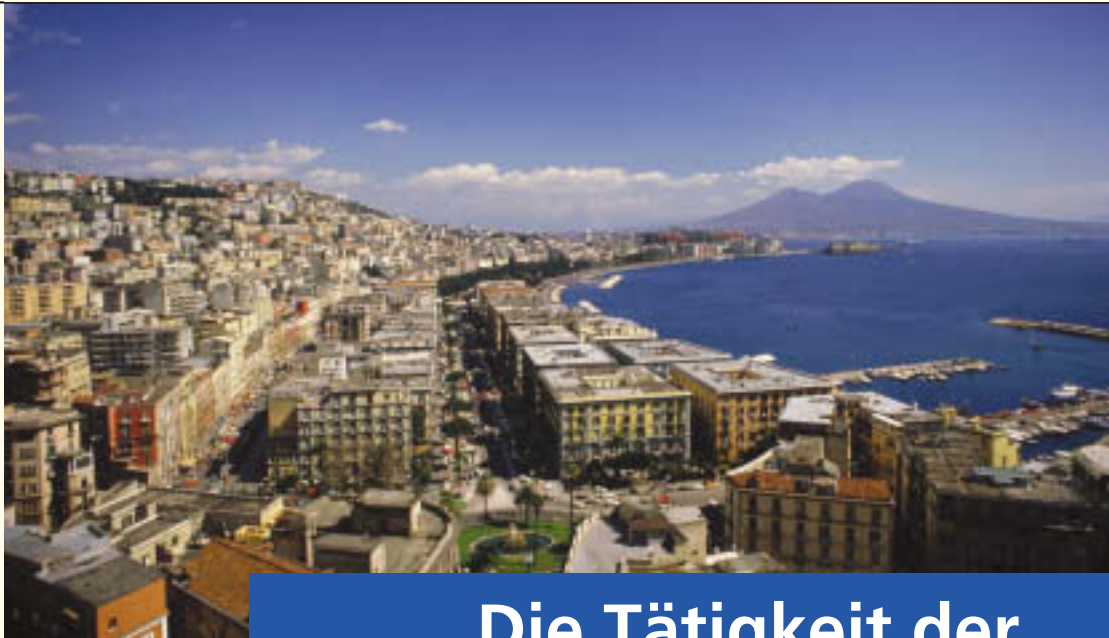
Das Europäische Parlament ist sich der neuen Anforderungen an die EIB in einem sich verändernden wirtschaftlichen Umfeld bewusst und befürwortet die Erhöhung des Kapitals der Bank. Damit ist diese in der Lage, den neuen Erfordernissen im Zusammenhang mit der europäischen Integration, der Erweiterung der Union und der Politik der Zusammenarbeit mit Drittländern Rechnung zu tragen.

Isabelle Tresse
Hauptabteilung Information und Kommunikation
(+352) 4379 3114
i.tresse@eib.org



(1) Der vollständige Text der Rede von EIB-Präsident Maystadt in der Plenarsitzung des Europäischen Parlaments ist auf der Website der EIB (<http://www.eib.org>) unter der Rubrik Information Policy: „Plenary Session of the European Parliament on the EIB Annual Report“ einzusehen.

(2) Vgl. Artikel in dieser Ausgabe über die neue Struktur der EIB im Bereich Umwelt.



Die Tätigkeit der EIB-Gruppe im Jahr 2001

Die Finanzierungen in der Europäischen Union

Regionalentwicklung

In Einklang mit ihrer wichtigsten Aufgabe, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der Union zu stärken, hat die EIB den Ausbau der Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur in den strukturschwachen Gebieten der Union intensiv unterstützt. Darüber hinaus hat sie jedoch auch verstärkt Finanzierungen zugunsten der Industrie und des Dienstleistungssektors (in Bereichen also, die aktiv zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohlstand beitragen) sowie im Bildungs- und im Gesundheitswesen durchgeführt. Im Hinblick auf eine erfolgreiche Erweiterung der EU und in dem Bestreben, schon jetzt zum Abbau der regionalen Ungleichgewichte zwischen den Beitrittsländern beizutragen, hat die EIB außerdem die 10 mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer sowie Zypern und Malta in ihre Finanzierungstätigkeit zugunsten der Fördergebiete einbezogen. Insgesamt wurden im Jahr 2001 **fast 22 Mrd** für die Finanzierung von Projekten in den strukturschwachen Gebieten vergeben.

In der **Europäischen Union** wurden für Projekte in den Fördergebieten 14,5 Mrd EUR (70% der Einzeldarlehen in der EU) bereitgestellt, und 5,3 Mrd kamen als Teilfinanzierungen im Rahmen von Globaldarlehen KMU bzw. kleinen Infrastrukturvorhaben von regionalem Interesse zugute. Für umfangreiche Vorhaben in den Kohäsionsländern – d.h. Spanien, Portugal, Irland und Griechenland – wurden allein 5,1 Mrd vergeben, und auf Südtalien entfielen 866 Mio. Die ostdeutschen Bundesländer, in denen die Finanzierungen im dritten

Jahr in Folge deutlich gestiegen sind, haben 1,8 Mrd erhalten.

In den Regionen mit Entwicklungsrückstand („Ziel-1“-Regionen) waren 40% der Mittel - und damit der größte Anteil - für den Verkehrssektor bestimmt. Der Anteil der Finanzierungen im Verkehrssektor, die zu einer besseren Anbindung der abgelegenen Regionen beitragen, sind somit in den Fördergebieten deutlich höher als in der gesamten Union, wo ihr Anteil 25% beträgt. Besondere Anstrengungen wurden auch im Bil-

Beitrag der Risikokapitalfinanzierungen zur Regionalentwicklung

Mit seinen Risikokapitaloperationen trägt der EIF der Notwendigkeit zur Förderung eines ausgewogenen Risikokapitalmarkts in der Union voll Rechnung. Sowohl in den südeuropäischen Mitgliedsländern (Griechenland, Portugal und Spanien) als auch in den Beitrittsländern haben seine Operationen in erheblichem Maße zur Entwicklung des Marktes der betreffenden Länder beigetragen. Durch die Gewinnung neuer Kapitalgeber wirkt der EIF darüber hinaus in den südlichen Mitgliedsländern als Katalysator. Ein Teil der aus eigenen Mitteln des EIF eingeräumten Garantien kam regionalen Fonds in Ziel-1-Gebieten im Vereinigten Königreich und in den ostdeutschen Bundesländern zugute.

dungs- und im Gesundheitswesen unternommen, auf die 16% der Finanzierungen entfielen. Dies verdeutlicht die Bemühungen der EIB, Bildungs- und Gesundheitsdienste in den Regionen mit Entwicklungsrückstand auf ein den besonders entwickelten Regionen vergleichbares Niveau zu bringen und so den Bürgern der Union den gleichen Zugang zu moderner Gesundheitspflege und zu fortschrittlichen Lehrmethoden zu ermöglichen.

In den **Beitrittsländern**, die künftig unter die Regionalpolitik der Union fallen werden, hat die EIB 2,7 Mrd zur Verfügung gestellt. Der größte Teil der Mittel kam mit 43% Polen zugute, gefolgt von Ungarn und der Tschechischen Republik. Wie in der Union war auch in den Beitrittsländern der Verkehrssektor mit 39% der Finanzierungen der wichtigste Einschaltungsbereich. Es folgten der Umweltbereich, der Telekommunikationssektor und die kleinen und mittleren Unternehmen, die im Rahmen von Globaldarlehen unterstützt wurden. Darüber hinaus hat die Bank erste Vorhaben im Bildungs- und im Gesundheitswesen finanziert.

Innovation und Humankapital

Die Finanzierungen der EIB zur Förderung einer auf Information und Wissen basierenden Wirtschaft in Europa erreichten 2001 5 Mrd EUR. Seit Mai 2000, als die Innovation-2000-Initiative (i2i) im Anschluss an den Europäischen Rat Lissabon (März 2000) eingeleitet wurde, hat die **EIB-Gruppe** Operationen von rund 10,3 Mrd EUR (9,1 Mrd EIB und 1,2 Mrd EIF) zugunsten von „i2i“-Vorhaben in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Informations- und Kommunikationstechnologienetze, Verbreitung von Innovationen, Gründung von innovativen KMU sowie Humankapital genehmigt.

Forschung und Entwicklung (FuE)

Im Jahr 2001 hat die EIB 1,7 Mrd für Forschung und Entwicklung vergeben. Die Mittel dienen der Unterstützung von 12 privatwirtschaftlichen Vorhaben, die in 10 Ländern

der Union und in Ungarn in den Bereichen Chemie und Pharmazie, Metallverarbeitung, Elektronik und Telekommunikation durchgeführt wurden. Zwei dieser Projekte sind besonders erwähnenswert, da sie von gesamteuropäischem Interesse sind und *Forschungsaktivitäten zur Einführung und gemeinsamen Nutzung von Telekommunikationsnetzen der dritten Generation betreffen*.

Am 7. Juni 2001 haben die EIB und die Kommission eine Vereinbarung über den Austausch von Fachwissen und die Nutzung der Synergien zwischen den beiden Institutionen unterzeichnet, um FuE-Investitionen in der Union anzukurbeln.

Förderung von KMU und unternehmerischer Initiative

2001 stellte der EIF mehr als 800 Mio für 57 Risikokapitalfonds bereit und wirkte damit als Katalysator für Gesamtinvestitionen von etwa 3 Mrd in allen EU-Mitgliedstaaten sowie in fünf Beitrittsländern. *Diese 800 Mio entsprachen etwa 25% des europäischen Marktes für Startkapital*.

Auf einem Markt mit rückläufiger Tendenz hat der EIF somit ein starkes Signal gesetzt, indem er als Katalysator für die Gewinnung von Kapitalgebern gewirkt und die Verbreitung bester Praxis auf Unionsebene unterstützt hat. Die betreffenden Risikokapitalfonds sind im Wesentlichen auf die Bereitstellung von Startkapital für High-Tech-Unternehmen (Biotechnologie, IKT, Multimedia, TIME, etc.) spezialisiert, was mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates Stockholm (März 2001) voll in Einklang steht. Sowohl in den südeuropäischen Mitgliedsländern (Griechenland und Portugal, Spanien mit 4 Operationen im Jahr 2001) als auch in den Beitrittsländern, wo der EIF erstmals tätig geworden ist, haben die Operationen des Fonds in erheblichem Maße zur Entwicklung des Marktes beigetragen. Viele der finanzierten Risikokapitalfonds haben eine regionale Dimension, insbesondere im Vereinigten Königreich.

Ebenfalls erwähnenswert sind die Beteiligungen an 11 gesamteuropäi-

schen Risikokapitalfonds (mit Basis in Frankreich, im Vereinigten Königreich, in den Niederlanden und in Deutschland). *Dadurch wurde in Europa das Entstehen von Gesellschaften gefördert, die mit Fonds in den USA vergleichbar sind*, und zwar sowohl aufgrund ihrer Finanzierungskapazität und der Dauer ihrer Kapitalbeteiligung an den von ihnen unterstützten Unternehmen als auch hinsichtlich der Qualität ihrer Leitungsteams.

Insgesamt belaufen sich *die ausstehenden Beteiligungen des EIF auf mehr als 2 Mrd, die in 153 Risikokapitalfonds investiert sind*. Damit bestätigt das spezialisierte Tochterinstitut der EIB-Gruppe seine Rolle als wichtigste Risikokapitalquelle für



Startkapital in Europa, d.h. in einem Marktsegment, in dem die Risiken besonders hoch und die Finanzmittel besonders knapp sind, so dass hier der strategische Bedarf in der Union ganz offensichtlich ist.

IKT

Im Jahr 2001 hat die EIB für Informations- und Kommunikationstechnologienetze (IKT), die die wichtigsten Instrumente für die Verbreitung von Innovation und den Austausch von Daten zwischen Unternehmen sind, Darlehen von insgesamt 1,8 Mrd in Spanien, Portugal, Italien, im Vereinigten Königreich, in Schweden, Finnland und in den Beitrittsländern vergeben. Hervorzuheben ist insbesondere die Finanzierung des gesamteuropäischen Projekts „Telvia“, das die Anbindung der Beitrittsländer in Mittel- und Osteuropa (Balti-

sche Staaten, Polen, Tschechische Republik, Slowakei, Ungarn) an das Breitbandnetz in Skandinavien, Deutschland und Österreich betrifft.

Entwicklung des Humankapitals

Die EIB stellte im Jahr 2001 1,4 Mrd für **11 Projekte im Bildungssektor** bereit. Die unterstützten Vorhaben wurden in Ostdeutschland, Österreich, Dänemark, Griechenland, im Vereinigten Königreich und in Polen durchgeführt

und betrafen die Modernisierung von Schulen und Universitäten sowie ihre Ausstattung mit Informationstechnik.

Darüber hinaus hat die EIB im Gesundheitssektor 750 Mio für die technische Modernisierung und die Einrichtung von **8 Krankenhäusern** in Ostdeutschland, Spanien, Österreich, im Vereinigten Königreich, in Zypern und Polen bereitgestellt. Alle Projekte haben ihren Stand-ort in

Regionalentwicklungsgebieten und verbessern den Zugang der dort lebenden Bevölkerung zu modernen Bildungs- und Gesundheits-einrichtungen.

„i2i-Audiovisuell“

Das im Dezember 2000 von der EIB-Gruppe eingeleitete Programm „i2i-Audiovisuell“ soll die audiovisuelle Produktion in Europa und die Anpassung der audiovisuellen Industrie an neue Technologien fördern. Ein weiteres Ziel ist die stärkere Einbeziehung des europäischen Bank- und Finanzsektors in die Finanzierung der im audiovisuellen Sektor tätigen Unternehmen. Die i2i ergänzt die Aktionen der Kommission im Rahmen ihres Programms „MEDIA Plus“.



Im vergangenen Jahr hat die **EIB** 147 Mio für ein neues Funkhaus (Produktion, Digitalisierung und Ausstrahlung von Fernsehsendungen) in Dänemark sowie für zwei zwischengeschaltete Finanzinstitute bereitgestellt, die auf die Finanzierung der Filmproduktion spezialisiert sind und von Frankreich aus europaweit operieren. Zusammen mit dem im Jahr 2000 mitfinanzierten Projekt eines Kabelfernsehübertragungsnetzes in Spanien hat die Bank damit im audiovisuellen Sektor Darlehen von insgesamt 219 Mio unterzeichnet.

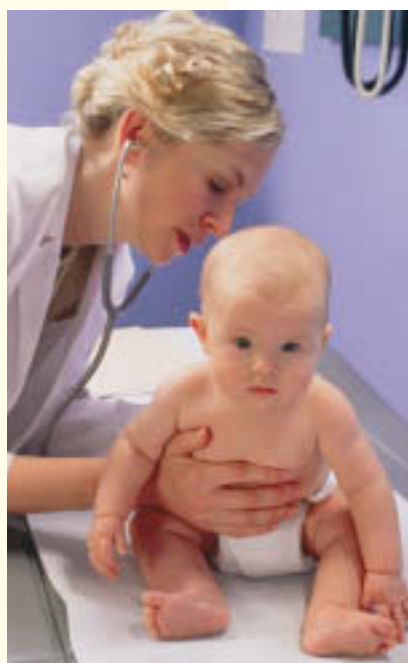
Der **EIF** hat seinerseits Beteiligungen von etwa 89 Mio an sieben Risikokapitalfonds (in Deutschland, Finnland, Italien, Spanien und Dänemark) übernommen, die sich in erster Linie auf die Stärkung der Eigenmittelbasis von KMU im audiovisuellen Sektor spezialisiert haben, wobei hier ein besonderer Schwerpunkt auf den in der Produktion tätigen KMU (Finnland, Dänemark, Spanien) lag.

Schutz der Umwelt und Verbesserung der Umweltbedingungen

Die Finanzierungen von Projekten zur Erhaltung der Umwelt und zur Verbesserung der Lebensqualität innerhalb und außerhalb der EU erreichten 2001 insgesamt etwa 9 Mrd EUR.

In der **Europäischen Union** wurden zugunsten des Umweltschutzes 6 Mrd EUR in Form von Einzeldarlehen vergeben. (Dies entspricht rund 30% der Einzeldarlehen in der Europäischen Union insgesamt.) Zusätzlich wurden im Rahmen von Globaldarlehen Teilfinanzierungen in Höhe von etwa 2 Mrd EUR für kleine öffentliche Infrastrukturvorhaben im Umweltbereich gewährt.

- Auf die städtische Umwelt entfiel ein großer Teil der Finanzierungen: 1,7 Mrd EUR waren für öffentliche Nahverkehrsnetze bestimmt, wie z.B. für die Stadtbahnen von Athen, Barcelona und Lissabon und die U-Bahnen von Kopenhagen, Madrid, Valencia, Toulouse, Porto und Stockholm. Für die Stadterneuerung - insbesondere für Projekte im sozialen Wohnungsbau in Finnland, Schweden und im Vereinigten Königreich sowie für Stadterneuerungsvorhaben in Venedig - wurden Darlehen von 1,2 Mrd EUR bereitgestellt.



Neue Struktur der EIB im Bereich Umwelt

Nach einer Phase der Prüfung und der Konsultation hat die EIB eine Reihe neuer Bestimmungen eingeführt, die im Rahmen ihrer Finanzierungstätigkeit eine intensivere Evaluierung der Projekte unter Umweltschutzgesichtspunkten gewährleisten sollen. Die von der EIB im interinstitutionellen Kontext ergriffenen Maßnahmen berücksichtigen die den Umweltschutzziele eingeräumte Priorität sowie die Vielfalt und die Komplexität der Fragen, die mit den Bemühungen zum Schutz und zur Verbesserung der Umwelt verbunden sind.

Gestützt auf die Erfahrung vergleichbarer Finanzierungsinstitutionen und auf das eigene Know-how der Bank, das in der Vergangenheit gute Ergebnisse im Umweltbereich ermöglichte, hat das Direktorium drei wesentliche Maßnahmen genehmigt:

- Einrichtung eines „Hochrangigen Lenkungsausschusses“ für Umweltfragen, in dem Verantwortliche mehrerer Direktionen zusammenkommen und der den Entscheidungsorganen der Bank bei neu auftretenden umweltpolitischen Grundsatzfragen Orientierungslinien vorgibt.
- Ausweitung der Kompetenzen der Direktion Projekte, die Umweltaspekte durch die kontinuierliche Entwicklung geeigneter Methoden und die Vertiefung des Know-hows künftig noch fachkundiger prüfen soll; hierzu wurde eine spezielle Arbeitsgruppe geschaffen, deren Aufgabe die verstärkte Prüfung von Umweltaspekten im Zusammenhang mit den von der Bank finanzierten Vorhaben ist.
- Einrichtung einer Abteilung für Umweltfragen in der Direktion Projekte, die Umweltpolitik und -verfahren der Bank konzipiert und verbreitet, in ihrem Aufgabenbereich Kontakte außerhalb der Bank pflegt, bestehende Verbindungen ausbaut und neue knüpft.

Die neuen Bestimmungen werden den Beitrag der EIB zur Umweltpolitik der Union sowie zu einer nachhaltigen Entwicklung noch verstärken. Sie ermöglichen es, dass bei allen Finanzierungen der Bank ein optimales Kosten-Nutzen-Verhältnis in Hinsicht auf die Umwelt erzielt wird, und dienen als Grundlage für die Schaffung von zusätzlichem Nutzen in diesem Bereich.

- Weitere Darlehen betrafen die Wasserwirtschaft (946 Mio EUR) und die Luftreinhaltung (846 Mio EUR) sowie die Energieeinsparung (790 Mio EUR) und die Substitution von Energieträgern (723 Mio EUR).

- Für Vorhaben zur Behandlung von festen und gefährlichen Abfällen waren insgesamt 143 Mio EUR und für die Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen 94 Mio EUR bestimmt.

In den **Beitrittsländern** beliefen sich die Darlehen zugunsten des Umweltschutzes und der Verbesserung der Lebensqualität auf 484 Mio EUR; dies entspricht etwa 20% des Gesamtbetrags der Einzeldarlehen.

- Nach den Überschwemmungen in Polen und in Ungarn wurden Wiederaufbauarbeiten in Höhe von 310 Mio EUR mitfinanziert.

- Insgesamt 164 Mio EUR wurden für Wasserwirtschaftsvorhaben in Lodz und in Stettin (Polen) sowie in Prag und in verschiedenen ungarischen und slowenischen Städten bereitgestellt.

Die Darlehen, die die EIB zugunsten des Umweltschutzes in den Beitrittsländern vergeben hat, haben diese Länder bei der Anpassung an die Umweltnormen der EU unterstützt. Einige Vorhaben wurden gemeinsam mit der Europäischen Kommission finanziert und haben Finanzhilfen aus dem Gemeinschaftsprogramm ISPA erhalten.

In den Ländern der **Partnerschaft Europa-Mittelmeer** wurden insgesamt 580 Mio EUR für den Umweltschutz und die Verbesserung der Lebensqualität zur Verfügung gestellt. Der größte Teil davon (540 Mio EUR) kam Wasserwirtschaftsvorhaben in Marokko, Algerien, in der Türkei und Tunesien und insbesondere der Instandsetzung von Bewässerungsanlagen in Marokko zu



Finanzierung von Umwelt-schutzvorhaben im Raum Sankt Petersburg und Kaliningrad



gute. In der Türkei wurde der öffentliche Nahverkehr mit 72 Mio EUR unterstützt.

- EIB-Darlehen für Umweltschutzvorhaben können durch eine aus dem Gemeinschaftshaushalt finanzierte Zinsvergütung von 3 Prozentpunkten ergänzt werden. 2001 wurden Darlehen von insgesamt 60 Mio EUR mit einer solchen Zinsvergütung ausgestattet.
- Die EIB beteiligt sich am Programm zur technischen Unterstützung des Umweltschutzes im Mittelmeerraum (METAP), das Finanzhilfen für die Erstellung von Durchführbarkeitsstudien sowie für Projektplanung und -management vor-

sieht und die Schaffung institutioneller Kapazitäten im Umweltbereich fördert. Viele Umweltschutzvorhaben, die im Mittelmeerraum durch die EIB unterstützt werden, gehen auf eine METAP-Studie zurück.

Nach einer Entschließung des Europäischen Rates Stockholm soll die Bank Umweltschutzvorhaben von europäischem Interesse im Raum Sankt Petersburg und Kaliningrad (Russland) unterstützen. Hierfür wurde im Zusammenhang mit der „Umweltpartnerschaft im Rahmen der nördlichen Dimension“ eine neue Finanzierungsfazilität von 100 Mio EUR eingerichtet.

Unterzeichnete Darlehen im Jahr 2001 und 1997 - 2001 (in Mio EUR)

Land	2001		1997-2001	
	Betrag	%	Betrag	%
Belgien (BE)	365	1,0	3 091	1,9
Dänemark (DK)	1 171	3,2	4 536	2,8
Deutschland (DE)	6 017	16,4	26 045	16,3
Griechenland (GR)	1 658	4,5	6 271	3,9
Spanien (ES)	4 559	12,4	18 592	11,7
Frankreich (FR)	3 825	10,4	16 908	10,6
Irland (IE)	525	1,4	1 454	0,9
Italien (IT)	5 488	14,9	22 901	14,4
Luxemburg (LU)	10	0,0	511	0,3
Niederlande (NL)	787	2,1	2 156	1,4
Österreich (AT)	820	2,2	3 045	1,9
Portugal (PT)	1 799	4,9	8 098	5,1
Finnland (FI)	695	1,9	2 668	1,7
Schweden (SE)	953	2,6	3 695	2,3
Vereinigtes Königreich (GB)	2 337	6,4	15 626	9,8
Sonstige	174	0,5	1 058	0,7
<i>Europäische Union insgesamt</i>	<i>31 184</i>	<i>84,8</i>	<i>136 655</i>	<i>85,8</i>
Mittel- und Osteuropa	2 584	7,0	11 485	7,2
Zypern, Malta	75	0,2	413	0,3
<i>Beitrittsländer insgesamt</i>	<i>2 659</i>	<i>7,2</i>	<i>11 898</i>	<i>7,5</i>
<i>(davon Vor-Beitritts-Fazilität)</i>	<i>2 285</i>	<i>6,2</i>	<i>6 740</i>	<i>4,2</i>
Mittelmeerländer (ohne Zypern, Malta)	1 401	3,8	5 366	3,4
AKP-ÜLG-Südafrika	670	1,8	2 687	1,7
Asien und Lateinamerika	543	1,5	2 124	1,3
Balkanländer	319	0,9	625	0,4
<i>Partnerschaftsländer insgesamt</i>	<i>2 933</i>	<i>8,0</i>	<i>10 802</i>	<i>6,8</i>
Insgesamt	36 776	100,0	159 356	100,0

Weitere Informationen über die Tätigkeit und den organisatorischen Aufbau der EIB-Gruppe sind über die Websites www.eib.org und www.eif.org verfügbar.

Transeuropäische Netze (TEN)

Im Jahr 2001 hat die Bank die TEN und andere Infrastruktureinrichtungen von europäischem oder regionalem Interesse mit insgesamt 7,2 Mrd EUR intensiv unterstützt. Damit hat sie in den vergangenen fünf Jahren insgesamt 43,6 Mrd EUR für TEN-Vorhaben bereitgestellt.

Im **Verkehrssektor** betrafen die wichtigsten Finanzierungen die folgenden Bereiche:

- den Bau von *Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnstrecken*, wobei in Frankreich die ersten Darlehen für die Strecke von Paris nach Straßburg (sowie längerfristig nach Luxemburg und Frankfurt) bereitgestellt wurden. Weitere Finanzierungen betrafen die Verbindung Mailand-Bologna in Italien und den Bau der Strecke zwischen Amsterdam, dem Flughafen Schiphol, Rotterdam und der belgischen Grenze;
 - die Modernisierung der *Straßen- und Autobahnnetze* in acht Ländern, wobei insbesondere die Weiterführung der im Rahmen von Konzessionen betriebenen Netze in Portugal, die Fertigstellung der Verkehrsachsen PATHE und EGNATIA in Griechenland sowie der Ausbau eines Teils des Abschnitts Bologna-Florenz der Autobahn A1 zwischen Nord- und Süditalien finanziert wurden;
 - den Ausbau der *Flughafeninfrastruktur* in Köln, München und Nürnberg (Deutschland), in Madrid (Spanien), in Gatwick und Stansted (Großbritannien), in Cork, Dublin und Shannon (Irland) sowie in Portugal;
 - den Ausbau und die Modernisierung von *Hafenanlagen*: Bilbao und Barcelona in Spanien, Göteborg in Schweden, etwa 20 Häfen in Italien und insbesondere der Handelshafen Le Havre, wo eine erste Investitionsphase für den Ausbau des Containerverkehrs unterstützt wurde.
- In den **Beitrittsländern**, die beim Ausbau und der Instandsetzung ihrer Infrastruktur erheblichen Nachholbedarf haben, erreichten die Finanzie-



rungen für TEN-Vorhaben in den Bereichen Verkehr und Telekommunikation **1 Mrd.**

Sie betrafen Vorhaben in den Bereichen Eisenbahnverkehr (340 Mio für die Modernisierung von Eisenbahnstrecken in Bulgarien, Ungarn und Polen) sowie Straßen- und Autobahnverkehr (549 Mio in Bulgarien, Litauen, Polen, in der Slowakischen Republik und in der Tschechischen Republik) auf vorrangigen Verkehrsachsen. 111 Mio wurden ferner für Investitionen in Fest- und Mobilfunknetze bereitgestellt.

- Die EIB ist für diese großen Netze die **wichtigste bankmäßige Finanzierungsquelle**. Sie kann die umfangreichen Mittel, die für die Durchführung von TEN-Vorhaben benötigt werden, nicht nur zu den günstigsten Bedingungen beschaffen, sondern ist auch in der Lage, Darlehenslaufzeiten und Finanzierungsbedingungen zu bieten, die Projekten dieser Größenordnung angemessen sind. Darüber hinaus wirkt sie als Katalysator für die Erschließung anderer Finanzierungsquellen.

- Dies wird insbesondere an der steigenden Zahl der von der EIB unterstützten **öffentlich-privaten Partnerschaften** deutlich, die bei der Durchführung von TEN-Infrastrukturvorhaben die spezifischen Vorteile beider Sektoren miteinander verbinden. Nachdem die EIB auf diese Weise Projekte wie den Flughafen Athen, die Eisenbahn-Hochgeschwindigkeitsverbindung London-Kanaltunnel, die Öresund-Ver-

bindung zwischen Dänemark und Schweden sowie zahlreiche Autobahnabschnitte im Vereinigten Königreich und in Portugal finanziert hat, dehnte sie diese Form der Partnerschaft im Jahr 2001 durch die Finanzierung der Autobahn A2 in Polen auf die Beitrittsländer aus.

- Darüber hinaus hat die EIB im Jahr 2000 eine **Fazilität für Strukturierte Finanzierungen** (FSF) eingerichtet, die mit insgesamt 750 Mio (FSF-Reserve) für die kommenden drei Jahre ausgestattet und auf ein jährliches Finanzierungsvolumen zwischen 1,5 und 2,5 Mrd ausgerichtet ist. Im Rahmen dieser Fazilität wird die Bank diversifizierte Finanzprodukte anbieten können. Ziel dieser Fazilität ist es, ergänzend zu Geschäftsbanken und Kapitalmärkten einen zusätzlichen Nutzen für vorrangige Projekte zu bewirken. FSF-Operationen werden vorwiegend in den Ländern der Europäischen Union, aber auch in Beitrittsländern durchgeführt werden.





Beitrittsländer

Die EIB hat im vergangenen Jahr für Vorhaben in den zehn mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern sowie in Zypern und Malta insgesamt 2,7 Mrd EUR vergeben. Im Vergleich dazu lag der jährliche Betrag der Darlehen zwischen 1996 und 2000 bei durchschnittlich 2,1 Mrd EUR. Einschließlich der im Jahr 2001 gewährten Darlehen wurden für Vorhaben in dieser Region seit 1990 somit insgesamt 16,8 Mrd EUR bereitgestellt. Die finanzierten Projekte werden den Beitrittsländern die Anpassung an die Gemeinschaftspolitik und die in der EU geltenden Normen ermöglichen.

Um dem beträchtlichen Bedarf an Verkehrs- und Telekommunikationsinfrastruktur in diesen Ländern Rechnung zu tragen und damit sowohl die Verbindungen untereinander sowie die Anbindung der Region an die derzeitigen Mitgliedstaaten zu verbessern, hat die EIB 56% ihres gesamten Darlehensvolumens in den Beitrittsländern für diese Art von In-

frastruktur bereitgestellt. Finanziert wurden beispielsweise die Erhöhung der Kapazitäten und die Modernisierung des Eisenbahnnetzes, die Instandsetzung von Regionalstraßen, der Bau von Autobahnen und einer Brücke über die Donau sowie der Ausbau des Fest- und Mobilfunknetzes.

Ein Schwerpunkt lag auf Vorhaben, die zum Schutz der Umwelt und zur Verbesserung der Umweltbedingungen beitragen (20%), um die Beitrittsländer bei der Anpassung an die Gemeinschaftsstandards zu unterstützen: Abwasserbeseitigung und Entsorgung städtischer Abfälle in Ungarn, Wasserversorgungs- und Kanalisationsnetze in Polen, in der Tschechischen Republik und in Slowenien. In Ungarn und Polen wurden darüber hinaus nach den Überschwemmungen der letzten Jahre Maßnahmen zum Hochwasserschutz sowie Instandsetzungsarbeiten finanziert.

In einigen Fällen wurden die Verkehrs- und Umweltschutzvorhaben

durch nicht rückzahlbare Finanzhilfen aus dem Gemeinschaftsprogramm ISPA ergänzt.

Die EIB hat ihre Finanzierungstätigkeit auf den Bildungs- und den Gesundheitssektor ausgeweitet, wo umfangreiche Infrastrukturinvestitionen erforderlich sind. In diesen Bereichen hat sie erste Darlehen für die Modernisierung der Infrastruktur im Gesundheits- und im Bildungswesen in Lodz (Polen) sowie für die Ausstattung eines neuen Krankenhauses in Nikosia (Zypern) vergeben.

Außerdem hat die EIB in erheblichem Umfang ausländische Direktinvestitionen unterstützt, die zum Transfer von Know-how und Kapital in diese Region beitragen. Die Darlehen an die Industrie wurden in Form von Kreditlinien zugunsten von KMU vergeben, die ein wichtiger Faktor für die Entwicklung eines dynamischen und arbeitsplatzschaffenden Privatsektors sind.

Partnerländer des Mittelmeerraums

Als führender multilateraler Geldgeber in der Region erhöhte die EIB ihr Darlehensvolumen in den Partnerländern des Mittelmeerraums auf 1,4 Mrd EUR.

Die Finanzierungstätigkeit in diesen Ländern war 2001 durch die dem Umweltschutz (Wasserwirtschaft) eingeräumte Priorität geprägt, auf den 34% des gesamten Darlehensvolumens entfielen. Die EIB hat insbesondere Darlehen für die Trinkwasserversorgung in 70 mittelgroßen Städten Marokkos, in Tunesien (Sahel) und im Großraum Alger sowie für die Modernisierung der Abwasserentsorgung in der Türkei und in Ägypten gewährt. EIB-Darlehen für Projekte, die der Wiederherstellung einer geschädigten Umwelt dienen, können durch eine aus dem Gemeinschaftshaushalt finanzierte Zinsvergütung in Höhe von 3 Prozentpunkten ergänzt werden.

Die zweite Priorität der Bank betrifft die Finanzierung großer und auch kleiner Privatunternehmen durch Kreditlinien, die 25% des gesamten Darlehensvolumens ausmachen. So haben zahlreiche, in den Partnerländern des Mittelmeerraums ansässige zwischengeschaltete Finanzinstitute Kreditlinien der EIB in Anspruch genommen, um kleine und mittlere Investitionsvorhaben von KMU zu finanzieren. Diese Kreditlinien tragen außerdem zur Entwicklung des inländischen Finanzsektors der betreffenden Länder bei, indem sie die technischen und finanziellen Kapazitäten verstärken.

Im Jahresverlauf hat die Bank den Umfang ihrer Tätigkeit durch die Einrichtung einer „Mittelmeer-Partnerschaftsfazilität“ ausgeweitet, in deren Rahmen sie bis zum Jahr 2007 weitere 1 Mrd EUR für große multiregionale Vorhaben in den Bereichen



Verkehr, Energie und Umwelt vergeben wird.

Das 2001 erreichte Darlehensvolumen sowie die Vielfalt der finanzierten Sektoren und der eingesetzten Mittel sind ein Beweis dafür, dass die EIB als die wichtigste bankmäßige Quelle für die Finanzierung tragfähiger Vorhaben im Mittelmeerraum einen wesentlichen Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung der Partnerländer in dieser Region leistet.

Balkanländer

Die EIB hat 2001 mit rund 320 Mio EUR die Finanzierung einer Reihe von wichtigen Infrastruktur- und Industrieprojekten in den westlichen Balkanländern (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Bundesrepublik Jugoslawien und ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien) maßgeblich unterstützt. Besondere Bedeutung wurde dabei der Finanzierung von grenzüberschreitenden regionalen Vorhaben im Verkehrs- und im Energiesektor im Rahmen des mit internationaler Hilfe geförderten Wiederaufbauprogramms für die Infrastruktur beigemessen.

Die EIB hat bereits bei der Koordination und Finanzierung des im

Jahr 2000 eingeleiteten ersten Programms für den Wiederaufbau der Infrastruktur eine führende Rolle gespielt und wird sich auch an dem 2,4 Mrd EUR umfassenden neuen regionalen Infrastrukturprogramm beteiligen. Ihre Tätigkeit wird sich insbesondere auf den Wiederaufbau und die Instandsetzung der Straßen-, Schienen- und Energienetze konzentrieren.

Im Jahr 2001 hat die Bank darüber hinaus ihre ersten Globaldarlehensverträge mit zwischengeschalteten Instituten geschlossen, wodurch die Modernisierung des Finanzsektors und die Investitionstätigkeit von KMU in den Balkanländern gefördert werden sollen.



Sonstige Partnerländer

Im Rahmen der Entwicklungspolitik der Europäischen Union trägt die EIB zur Finanzierung der Entwicklung der **AKP-Staaten** (Afrika, Karibik und Pazifischer Ozean) bei. Die Bank war 2001 in 21 Ländern tätig und hat die Durchführung von fünf Regionalvorhaben unterstützt. Insgesamt beliefen sich die Darlehen in diesen Ländern auf 520 Mio (davon 332 Mio aus Risikokapitalmitteln).

Von diesem Gesamtbetrag waren 144 Mio EUR (88 Mio aus eigenen Mitteln und 56 Mio aus Risikokapitalmitteln) für den Bau einer Erdölleitung zwischen dem Tschad und Kamerun bestimmt. Das Projekt ist Teil eines umfassenderen integrierten Programms, das die Erschließung der Erdölressourcen der Region und den Bau einer Erdölleitung betrifft und von der Weltbank und internationalen Mineralölkonzernen gefördert wird. Umweltaspekte und soziale Fragen im Zusammenhang mit dem Projekt wurden in enger Zusammenarbeit mit der Weltbank eingehend geprüft.

Ferner wurden in Form von Beteiligungen an speziellen Mikrofinanzfonds 15 Mio EUR für Mikrofinanz-

Projekte bereitgestellt. Ziel der Bank ist es, diesen Fonds dabei zu helfen, ein zufriedenstellendes Niveau kommerzieller Reife und finanzielle Unabhängigkeit zu erreichen. Die betreffenden Initiativen werden zum Zwecke der institutionellen Stärkung zusammen mit anderen Geldgebern finanziert und erforderlichenfalls durch Zuschüsse aus anderen Finanzierungsquellen ergänzt.

In **Südafrika** kamen 50 Mio EUR dem Ausbau der gebührenpflichtigen Nationalstraße N4 zugute. Diese Operation wurde wegen ihres maßgeblichen Beitrags zur Schaffung des Netzes von gebührenpflichtigen Straßen im Norden und Westen Pretorias ausgezeichnet.

In **Lateinamerika** erreichte der Betrag der unterzeichneten Darlehen 365 Mio und in Asien 178 Mio. Die Finanzierungen sind vorrangig dazu



bestimmt, die internationale Präsenz europäischer Unternehmen und Banken durch die Unterstützung ihrer Tochtergesellschaften und Joint Ventures zu stärken. Mehr als 90% der Darlehen dienen diesem Ziel.



Mittelbeschaffung

Die EIB muss darum bemüht sein, ihre Mittelbeschaffungskosten so gering wie möglich zu halten, um ihre Position als führender nichtstaatlicher Emittent von Referenzanleihen zu wahren. Dies versetzt sie in die Lage, Projektträgern Darlehen zu den bestmöglichen Konditionen zu gewähren und auf diese Weise weiterhin den politischen Zielen der Europäischen Union zu dienen.

Zur Refinanzierung ihrer Darlehen nahm die Bank im Jahr 2001 Mittel in Höhe von 32,3 Mrd EUR auf, was durch 148 Operationen in 13 Währungen vor Swaps (bzw. in 11 Währungen nach Swaps) erfolgte. Sie konnte als Institution der Europäischen Union ihre Rolle bei der Förderung des Euro weiter stärken. Aufgrund der günstigen Mittelbeschaffungskonditionen in dieser Währung erhöhte sich der Anteil des USD an der Mittelaufnahme gegenüber dem Jahr 2000 deutlich, wodurch der USD zur führenden Mittelaufnahmewährung wurde.

Auf die in den drei wichtigsten Währungen aufgenommenen Mittel entfielen vor Swaps 94% des Gesamtbetrags: 41% auf USD, 32% auf EUR und 21% auf GBP. Nach Swaps verteilten sich die beschafften Mittel wie folgt auf die drei Hauptwährungen: EUR 67%, GBP 21% und USD 8%, wobei vor allem der USD in erheblichem Umfang dazu beigetragen hat, durch Währungs-Swaps EUR zu beschaffen. In nicht strukturierter Form wurden 31 Mrd EUR (96% aller aufgenommenen Mittel) durch 94 Operationen beschafft, in strukturierter Form insgesamt 1,3 Mrd EUR (was 4% aller aufgenommenen Mittel entspricht) durch 54 Operationen.

Ein wesentliches Element der Mittelbeschaffung war die Emission betragsmäßig umfangreicher und liquider Referenzanleihen in EUR, USD und GBP. Die EIB ist der größte supranationale Emittent und der einzige Emittent von Referenzanleihen, der liquide Renditekurven für seine Referenzanleihen in allen Hauptwährungen bietet. Die Mit-

telbeschaffungsstrategie ist darauf ausgerichtet, die Anlegerbasis der EIB zu erweitern und die Marktdurchdringung zu verbessern und gleichzeitig den Anlegern äußerst liquide und auf elektronischem Wege gehandelte Produkte anzubieten.

Besonderer Wert wurde auf Transparenz gelegt, indem Bookbuilding- und „Pot“-Syndizierungsverfahren eingesetzt wurden. Diese Verfahren waren integraler Bestandteil der betragsmäßig umfangreichsten Anleiheemission, die die EIB jemals in einer einzigen Operation auf den Markt gebracht hat: der 2007 fälligen globalen EARN-Emission von 5 Mrd EUR. Ende des Jahres 2001 umfasste die EARN-Kurve neun Referenzanleihen, die in den Jahren 2003 bis 2010 fällig werden. Der ausstehende Betrag beläuft sich auf fast 40 Mrd EUR, und alle Titel werden auf den elektronischen Handelsplattformen von MTS gehandelt.

Im USD-Bereich brachte die Bank umfangreiche Emissionen auf den Markt. Vier Emissionen wurden in Form von Globalanleihen begeben, wobei die im Jahr 2006 fällige Globalanleihe im Betrag von 4 Mrd USD die betragsmäßig größte ausstehende USD-Anleihe der Bank ist.

Die EIB setzte ihre Bemühungen fort, sich Mittel in den Währungen der Beitrittsländer – insbesondere der MOEL – zu beschaffen, und nahm dafür sowohl die jeweiligen Inlandsmärkte als auch den Euromarkt in Anspruch. Aufgrund ihres erstklassigen Ratings kann die Bank weiterhin Anleihen mit längeren Laufzeiten in diesen Währungen begeben und so zur weiteren Vertiefung der Kapitalmärkte beitragen. Die in derartigen Währungen beschafften Mittel werden Projektträgern in den jeweiligen Regionen zur Verfügung gestellt. Da das Wechselkursrisiko ausgeschaltet

wird, bieten sie einen erheblichen Investitionsanreiz, was letztlich integrationsfördernd ist.

Die Rolle der EIB als bedeutender internationaler Emittent spiegelt sich auch in der Diversifizierung ihrer Mittelbeschaffungswährungen wider. Ein Beweis dafür ist ihre starke Präsenz namentlich in Japan, auf den Märkten Asiens und des Pazifiks und auf dem südafrikanischen Markt.

Ernennung

Luis Botella Morales, zuständig für das Rechnungswesen, wurde mit Wirkung vom 1.2.2002 zum stellvertretenden Direktor der Hauptabteilung Finanzkontrolle, die von Patrick Klaedtke geleitet wird, ernannt.



EIB-Konferenz 2002 über Wirtschaft und Finanzen



*Integration der
Finanzsysteme im
Rahmen der
EU-Erweiterung*

Mehr als zehn Jahre nach dem Fall des Kommunismus haben alle Beitrittsländer in Mittel- und Osteuropa deutliche Fortschritte bei der Errichtung funktionierender Marktwirtschaften erzielt. Die Aussichten, dass eine größere Gruppe von Ländern der EU bis zum Jahr 2004 beitrifft, sind daher gut. Die Unterstützung des Heranführungsprozesses ist ein primäres strategisches Ziel der Bank. Es ist klar, dass das Erreichen dieses Ziels die Zusammenarbeit mit den Finanzmärkten der Region erfordert – durch Finanzierungen, an denen auch Geschäftsbanken mitwirken, und durch die Beschaffung von Mitteln auf dem Kapitalmarkt der Region. Es ist offensichtlich, dass ein besseres Verständnis der Finanzmärkte der Region den von der Bank geleisteten Beitrag nur verstärken kann. Vor diesem Hintergrund wurde auf der von der Abteilung Wirtschafts- und Finanzstudien der Bank organisierten EIB-Konferenz 2002 über Wirtschaft und Finanzen diskutiert, welche Erfolge auf dem Weg zur weiteren Integration der Finanzsysteme der Beitrittsländer in die derzeitigen EU-Mitgliedstaaten be-

reits erzielt worden sind und welche Herausforderungen noch bestehen.

In seiner Eröffnungsrede sprach EIB-Präsident **Philippe Maystadt** vier besonders wichtige Fragen an, zu deren Beantwortung die Konferenz beitragen sollte. Zunächst stellt sich die fundamentale Frage, ob Finanzsysteme Wirtschaftswachstum und Entwicklung beeinflussen. Laien auf diesem Gebiet könnte die Frage überraschen. Viele Wirtschaftswissenschaftler, darunter auch der Nobelpreisträger Robert Lucas, vertreten jedoch die Ansicht, dass eher das Wirtschaftswachstum die Entwicklung des Finanzsystems vorantreibt als umgekehrt. Es ist daher wichtig, neuere Erkenntnisse zu dieser Problematik zu analysieren und zu klären, welche Konsequenzen sich daraus für die Beitrittsländer ergeben.

Unter Hinweis auf den Unterschied zwischen Banken und Kapitalmärkten ging er sodann auf die Frage ein, ob die Beitrittsländer bei der Schaffung marktorientierter Bankensysteme erfolgreich waren

und ob noch bestehende Hindernisse für eine effizientere Tätigkeit der Banken Folge eines Mangels an Wettbewerb, finanziellen Mitteln oder Erfahrungen im Bankwesen sind oder ob sie noch andere Gründe haben. Aus der Perspektive der EIB ist es klar, dass die Effizienz des Bankensystems die Wirkung der Finanzierungen der EIB, an denen Geschäftsbanken aus der Region beteiligt sind, beeinflusst.

Als dritten Punkt sprach der Präsident den anderen wichtigen Pfeiler des Finanzsystems an. Er regte eine Diskussion darüber an, in welche Richtung sich die mittel- und osteuropäischen Kapitalmärkte entwickeln sollten. Er warf insbesondere die Frage auf, ob die Beitrittsländer ihre eigenen Kapitalmärkte entwickeln müssen oder ob sie stattdessen die bestehenden Märkte in der EU nutzen können. Es liegt auf der Hand, dass diese Debatte für die Tätigkeit der Bank auf den Kapitalmärkten in Mittel- und Osteuropa sehr wichtig ist.

Als letzten Punkt stellte Präsident Maystadt fest, dass sich die Bei-



trittsländer mit dem Beitritt zur EU verpflichten, zu einem späteren Zeitpunkt auch Mitglieder der Wirtschafts- und Währungsunion zu werden. Er regte daher als vierten Themenbereich einen Gedankenaustausch darüber an, wie sich die Beitrittsländer auf die Mitgliedschaft in der Wirtschafts- und Währungsunion vorbereiten und - was ebenso wichtig ist - wie schnell sie dabei vorgehen sollten. Der Präsident sprach dabei auch die interessante Frage an, welches Wechselkursystem Wirtschaftswachstum und Stabilität des Finanzsystems auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion am besten gewährleisten könnte.

Entsprechend diesen vier Fragen wurde die Konferenz in vier Hauptsitzungen unterteilt. Die erste legte die Grundlagen, indem die Rolle des Finanzwesens beim Übergang von der Zentralverwaltungswirtschaft zur Marktwirtschaft aus makro- und mikroökonomischer Perspektive kurz betrachtet wurde. **Robert A. Feldman** (IWF, Washington), der die Sitzung einleitete, hob hervor, dass die jüngsten Forschungsergebnisse die Ansicht, dass die Entwicklung des Finanzsektors tatsächlich zu Wirtschaftswachstum führt, nachdrücklich stützen. Er betonte jedoch auch, dass die Finanzsektoren auf angemessene Weise reguliert und überwacht werden müssen, damit sie ihre wachstumsfördernde Rolle spielen können.

Die in anderen Teilen der Welt gemachten Erfahrungen zeigen nämlich, dass schwache Finanzsysteme oft der wichtigste Faktor für die Auslösung von Finanzkrisen sind, die für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung sehr schädlich sein können. **Ricardo Lago** (EBWE, London) vertiefte dieses Thema weiter, indem er hervorhob, dass die Privatisierung und Übernahme von Unternehmen durch ausländische strategische Investoren zur Schaffung solider Bankensysteme in den Beitrittsländern beitrug. Ausländische Banken sind seiner Ansicht nach u.a. deshalb wichtig für den Übergangsprozess, weil ihre Entscheidungsfindung weniger anfällig für die Anreize ist, die einheimische Banken dazu verleiten, Darlehen für wirtschaftlich nicht tragfähige Investitionen zu vergeben. Allgemein stimmten beide Redner darin überein, dass die Beitrittsländer große Anstrengungen unternommen haben, um marktorientierte Finanzsysteme einzuführen, dass jedoch noch weitere Verbesserungen möglich sind, insbesondere im Hinblick auf die Effektivität des Regulierungs- und Überwachungsrahmens für den Finanzsektor.

Die zweite Sitzung beschäftigte sich eingehender mit den bei der Schaffung von Bankensektoren in den Beitrittsländern bereits erreichten Zielen und den noch zu bewältigenden Herausforderungen. In

ihrem Diskussionsbeitrag ging die Abteilung Wirtschafts- und Finanzstudien der Bank auf zwei Themen ein. Erstens: In einer Reihe von Beitrittsländern scheint die Darlehensvergabe der Bank nicht durch einen Mangel an Mitteln beschränkt zu sein, sondern eher durch Mängel des rechtlichen Umfelds, in dem sich die Banken bewegen. Im Hinblick auf die im Bankensektor zu verfolgende Politik spricht dies eindeutig für eine Verbesserung des rechtlichen Rahmens, insbesondere für die Stärkung der Rechte der Gläubiger. Zweitens: Die Rentabilität im Bankensektor ist noch nicht ausreichend und er wird sich in der Zukunft vor weitere Herausforderungen gestellt sehen. Diese resultieren aus der Vergabe von Darlehen an Kunden, die ein höheres Risiko bedeuten, aus der vollständigen Liberalisierung des Kapitalverkehrs und aus großzügigen Einlagensicherungssystemen. Die Erhöhung der Rentabilität ihrer Operationen ist in erster Linie eine Aufgabe der Banken und nicht Gegenstand der staatlichen Politik. Jedoch müssen Verbesserungen bei der Regulierung und Beaufsichtigung des Bankgewerbes gewährleistet, dass das Bestreben der Banken, rentabler zu arbeiten, die Stabilität des Bankensektors nicht gefährdet.

Die Präsentationen über das Bankwesen in Tschechien und der Slowakei von **Jan Hanousek** (CERGE, Prag) und in Ungarn von



Robert A. Feldman
IWF, Washington



Ricardo Lago
EBWE, London



M. Jan Hanousek
CERGE, Prag





Eva Varhergy
Financial Research
Ltd, Budapest



Erich Hampel
Generaldirektor und
Vorstandsvorsitzender
der Creditanstalt, Wien



Jens Köke
ZEW, Mannheim

Eva Varhergy (Financial Research Ltd, Budapest) unterstrichen diese Schlussfolgerungen. Darüber hinaus wurden die Unterschiede zwischen den bei der Einführung eines marktorientierten Bankensystems in Ungarn gemachten Erfahrungen und den gleichzeitig in Tschechien und der Slowakei gewonnenen Erkenntnissen deutlich. Folgende Hauptunterschiede wurden festgestellt: (a) strenge gegenüber laxer Lizenzvergabe an Banken, (b) frühzeitige gegenüber später Privatisierung und Übernahme durch ausländische strategische Investoren, (c) Finanzierungsentscheidungen auf der Basis von kommerziellen Kriterien gegenüber Finanzierungen aufgrund von engen Kontakten und (d) umgehende gegenüber verzögerter Lösung von Problemen bei notleidenden Darlehen. Zwar sind diese Unterschiede in den letzten Jahren verschwunden, jedoch wirken sie sich immer noch auf das Verhalten und die Ergebnisse der Banken in diesen Ländern aus. Vorablickend äußerten beide Redner die Ansicht, dass sich die Bankensysteme in diesen Ländern u.a. deshalb reibungslos in den EU-Bankenmarkt integrieren dürften, weil EU-Banken gehörende Institute den Bankensektor in diesen Ländern dominieren.

Erich Hampel (Generaldirektor und Vorsitzender des Vorstands der Creditanstalt, Wien) betrachtete das Thema von einem anderen Blickwinkel aus, indem er das Bankwesen in Mittel- und Osteuropa aus der strategischen Perspektive eines EU-Bankmanagers analysierte. Er stellte fest, dass die Region angesichts der Unterentwicklung des Marktes ein enormes Geschäftspotenzial bietet. Darüber hinaus stellt die Aussicht auf den Beitritt zur EU für ihn einen weiteren Anreiz zum Engagement in der Region dar, ein Faktor, der die Beitrittsländer positiv von anderen aufstrebenden Märkten unterscheidet. Im Hinblick auf die strategische Positionierung seines Instituts (d.h. der HypoVer-einsbank/Bank Austria/Creditanstalt-

Gruppe) erwartet er Vorteile aus einem frühzeitigen Engagement der Gruppe in der Region. Er äußerte die Ansicht, dass Mittel- und Osteuropa auch in Zukunft ein attraktiver Markt mit langfristigen guten Wachstumschancen sein wird. Vor diesem Hintergrund sieht er die Region als künftigen zweiten Kernmarkt (neben Österreich und Deutschland) der HypoVer-einsbank/Bank Austria/Creditanstalt-Gruppe.

Die dritte Sitzung der Konferenz widmete sich den Kapitalmärkten. **Jens Köke** und **Michael Schröder** (ZEW, Mannheim) gaben zunächst einen Überblick über die Entwicklung der Kapitalmärkte in den Beitrittsländern Mittel- und Osteuropas (MOEL). Sie erläuterten, dass der Anteil der an den Kapitalmärkten investierten Vermögen nur einen kleinen Teil des gesamten Geldvermögens in diesen Ländern ausmacht und dass die Kapitalmärkte daher sogar noch weniger entwickelt sind als der Bankensektor. Sie zeigten, dass die Struktur der Unternehmensfinanzierung diese Situation widerspiegelt; Bankkredite dominieren die Außenfinanzierung der Unternehmen, und Schuldtitel spielen nur in der Tschechischen Republik eine nicht zu vernachlässigende Rolle bei der Finanzierung von Investitionen. Es wurde jedoch betont, dass die Unternehmen trotz des derzeit bescheidenen Anteils der nicht von Banken stammenden Außenfinanzierungsmittel für Investitionen Zugang zu den Kapitalmärkten haben müssen, damit die Beitrittsländer zum höheren Lebensstandard in anderen Ländern aufschließen können. In diesem Zusammenhang stellten Köke und Schröder die interessante Frage, ob die Beitrittsländer die Entwicklung ihrer Kapitalmärkte vorantreiben müssten oder ob die bestehenden EU-Märkte die für die Förderung des Wirtschaftswachstums in der Region erforderlichen Finanzdienstleistungen anbieten könnten. Die Redner kamen zu dem Schluss, dass die Entwicklung

eines einheitlichen Kapitalmarkts für die mittel- und osteuropäischen Länder die bevorzugte Option sein sollte und dass die entstehenden Allianzen einzelner Wertpapierbörsen in den MOEL mit Börsen aus der EU nur die zweitbeste Lösung darstellen.

Eva Thiel (OECD, Paris) ging kritisch auf diesen Vorschlag zur Schaffung eines MOEL-Kapitalmarkts ein. Sie äußerte Bedenken, dass das erhoffte, größere Liquiditätsvolumen, das durch einen solchen Markt geschaffen würde, immer noch nicht groß genug wäre, um insbesondere für erstklassige Unternehmen aus der Region als kostengünstige Alternative der Mittelbeschaffung in Frage zu kommen. Somit könnte die Schaffung des institutionellen Rahmens für einen solchen Markt eine kostspielige Investition in einen möglicherweise nur kurze Zeit bestehenden MOEL-Kapitalmarkt darstellen. Zudem stellt sich für sie die Frage, ob die Schaffung eines solchen Marktes angesichts der Schwierigkeiten bei der Errichtung eines leistungsfähigen einheitlichen Kapitalmarktes im Euro-Raum überhaupt machbar ist. Insgesamt kam Eva Thiel zu folgendem Schluss: Solange die Rechtsvorschriften und der Regulierungsrahmen für Wertpapieroperationen (einschließlich Durchsetzung von Verträgen, Insolvenz und Anlegerschutz) die Begebung von Wertpapieren und den Handel mit ihnen nach Maßgabe der üblichen Regeln gestatten, sollten die Märkte die Möglichkeit haben, kostengünstige Lösungen anzustreben, sei es auf nationaler Ebene, im Rahmen eines MOEL-Markts oder durch Allianzen von Börsen in den Beitrittsländern und solchen in der EU.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass über die richtige Entwicklung der Kapitalmärkte in den Beitrittsländern noch weiter zu diskutieren ist. Jedoch dürfte die Schlussfolgerung berechtigt sein, dass aufgrund der überragenden

Bedeutung, die den Banken in diesen Ländern als Finanzintermediären zukommt, die politischen Prioritäten derzeit eher der Solidität des Bankensektors als der Entwicklung der Kapitalmärkte gelten sollten.

Die letzte Sitzung der Konferenz ging auf für die Beitrittsländer fundamentale Fragen der Wechselkurspolitik und auf Optionen bei der Gestaltung des Wechselkurssystems im Vorfeld des Beitritts zur WWU ein. **Paul de Grauwe** (Katholische Universität Löwen) analysierte die Stabilität eines Systems fester Wechselkurse und kam zu dem Schluss, dass die strenge Verpflichtung auf ein System fixer Wechselkurse und die mit seiner Aufgabe verbundenen hohen volkswirtschaftlichen und politischen Kosten ein solches System zwar glaubwürdiger machen, exogene Schocks es aber nach nicht allzu langer Zeit wahrscheinlich untergraben. Dies ist insbesondere der Fall, wenn Länder den Kapitalverkehr vollständig liberalisieren, wozu die Beitrittsländer bei Aufnahme in die EU verpflichtet sind. Gleichzeitig äußerte er sich kritisch zu Systemen flexibler Wechselkurse und betonte, dass schwankende Wechselkurse eine unabhängige Störquelle sein und insbesondere dem Bankensektor schaden könnten. In diesem Zusammenhang verwies er darauf, dass die Nachteile, die Wechselkurs-

änderungen für den Bankensektor mit sich bringen, die Kosten der Aufgabe eines Systems fester Wechselkurse steigern und dadurch Glaubwürdigkeit und Lebensdauer eines solchen Systems erhöhen. Insgesamt kann aus dem Vortrag von Paul de Grauwe geschlossen werden, dass der Übergang zur WWU kurz sein sollte und dass feste Wechselkurse unter diesen Umständen vorteilhaft sind.

Willem Buiter (EBWE, London), der den letzten Vortrag hielt, stimmte dieser Analyse voll zu. Er betonte, dass ein System fester Wechselkurse deutlich an Glaubwürdigkeit gewinnt, wenn es mit einer soliden Strategie für seine Beendigung kombiniert wird, wie dies bei der Aussicht auf die Mitgliedschaft in einer Währungsunion der Fall ist. Darüber hinaus vertrat er die Ansicht, dass es volkswirtschaftlich sinnvoll wäre, wenn die Beitrittsländer der WWU so früh wie möglich beitreten, am besten zu dem Zeitpunkt, zu dem sie Mitglieder der EU werden. Dies könnte zwar mit Problemen hinsichtlich der Wechselkurs- und Inflationkriterien für den Beitritt zur WWU verbunden sein, jedoch wurde das Wechselkurskriterium auch schon in der Vergangenheit unter gleichzeitiger Einhaltung des Vertrages von Maastricht flexibel interpretiert. Bezüglich des Inflationkriteriums betonte er, dass triftige volks-

wirtschaftliche Gründe dafür sprechen, dieses Kriterium auf der Grundlage des Anstiegs der Preise für handelbare Güter und nicht des Anstiegs der Verbraucherpreise neu zu definieren. Willem Buiter kam schließlich zu dem Ergebnis, dass eine flexible Anwendung des Wechselkurs- und des Inflationkriteriums die Stabilität des Euro nicht beeinträchtigen würde.

Die Teilnehmer an der Konferenz kamen aus dem akademischen Bereich sowie von nationalen und internationalen Institutionen, darunter Zentralbanken aus Mittel- und Osteuropa, die Europäische Zentralbank, die Europäische Kommission und die Weltbank. Die Teilnahme von Mitgliedern des Direktoriums und einer größeren Zahl von EIB-Mitarbeitern ist ein deutlicher Hinweis auf die unmittelbare strategische und operative Bedeutung der Thematik der Konferenz für die Bank. Die Konferenzbeiträge werden in Kürze als Band 7 der halbjährlich erscheinenden EIB Papers veröffentlicht und auch auf der Website der Bank zugänglich gemacht (www.eib.org/efs/papers.htm).

Armin-D. Riess
Deputy Advisor
Wirtschafts- und Finanzstudien
Tel. (+352) 4379 3447
Fax (+352) 4379 3492
a.riess@eib.org



Michael Schröder
ZEW, Mannheim



Paul de Grauwe
Katholische Universität
Löwen



Willem Buiter
EBWE, London





Europäischer Rat Barcelona (15.-16. März 2002)

Die EIB wird ihre Zusammenarbeit mit den Partnerländern des Mittelmeerraums verstärken

Nach allgemeiner Ansicht der beteiligten Parteien besteht die Notwendigkeit, die im November 1995 anlässlich der Konferenz von Barcelona initiierte Partnerschaft Europa-Mittelmeer in zwei Bereichen neu zu beleben: Intensivierung der finanziellen Zusammenarbeit sowohl im Hinblick auf das Finanzierungsvolumen als auch auf die Art der durchgeführten Investitionsvorhaben sowie Vertiefung des politischen Dialogs zwischen der Europäischen Union und den Partnerländern des Mittelmeerraums.

Auf dem EIB-Forum vom 25.-26. Oktober 2001⁽¹⁾, an dem Vertreter aus Politik, Wirtschaft und dem Finanzsektor aus dem gesamten Mittelmeerraum teilnahmen, war diese Notwendigkeit ebenfalls betont worden.

Die am 15. und 16. März dieses Jahres in Barcelona versammelten europäischen Staats- und Regierungschefs unterstrichen noch einmal die

entscheidende Bedeutung des Mittelmeerraums und die Entschlossenheit der Union, die Partnerschaft Europa-Mittelmeer weiterzuentwickeln. Sie forderten die EIB auf, eine erweiterte Mittelmeerpartnerschafts-Fazilität einzurichten, deren Umsetzung durch ein Vertretungsbüro der EIB in der Region unterstützt wird. In den Schlussfolgerungen des Rates wird weiter ausgeführt, dass ein Jahr nach Schaffung der Fazilität auf der Grundlage der mit der Fazilität erzielten Ergebnisse und von Beratungen mit den Partnerländern des Barcelona-Prozesses eine Entscheidung über die Einrichtung einer spezialisierten Mittelmeerbank im Mehrheitsbesitz der EIB gefällt werden könnte.

Die EIB, die mit einem Finanzierungsvolumen von 1,5 Mrd EUR im Jahr 2001 in den Partnerländern des Mittelmeerraums die bei weitem wichtigste Quelle für die bankmäßige Finanzierung der Entwicklung der Region ist, war zusammen mit der

Kommission aktiv an der Vorbereitung der Entscheidung des Rates beteiligt. Diese Entscheidung eröffnet greifbare Perspektiven für eine engere Zusammenarbeit und wird bis Herbst 2002 umgesetzt werden.

Bereits im Herbst 2002 einsatzbereit

Die Fazilität hat die folgenden Hauptmerkmale:

- Schnelle Umsetzung, bei der die erforderlichen Entscheidungen allein von der Bank getroffen werden.
- Umfangreichere Finanzierungsmittel, wodurch die EIB den jährlichen Gesamtbetrag ihrer Finanzierungsbeiträge von 1,5 auf 2 Mrd EUR erhöhen kann.
- Fokussierung auf die Entwicklung des privaten Sektors und die Liberalisierung der Märkte der Partnerländer des Mittelmeerraums mit Blick auf die Zollunion, die bis 2010

verwirklicht werden soll. So dürfte der Anteil der Finanzierungen der EIB, die diesem Ziel dienen, schrittweise von einem Viertel auf ein Drittel des Darlehenvolumens insgesamt steigen.

- Eine breitere Palette von Finanzierungsprodukten, darunter insbesondere Risikokapitalfinanzierungen (die sich zur Zeit auf etwa 100 Mio EUR für den Zeitraum 2001-2003 belaufen), zur Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen.
- Mehr Mittel für die technische Unterstützung in der Start- und Entwicklungsphase von Vorhaben. Die gegenwärtig auf Umweltschutzvorhaben im Rahmen des METAP⁽²⁾ beschränkte technische Unterstützung könnte insbesondere als Starthilfe für Projekte im sozialen Bereich und von Projekten zur Arbeitsbeschäftigung dienen.
- Engere Zusammenarbeit zwischen der EIB und der Kommission, um so mit den Darlehen der Bank und den im Rahmen des MEDA-Programms verfügbaren Zuschüssen optimale Synergieeffekte zu erzielen.

- Einrichtung eines Aufsichtsrates, in dem die Mitgliedstaaten und ihre Partnerländer im Mittelmeerraum vertreten sind.

Schlussfolgerung

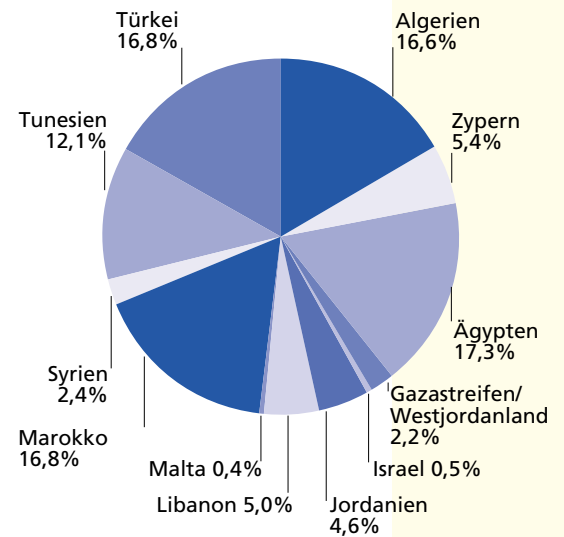
Durch die Einrichtung der Fazilität wird eine Ausweitung der Finanzierungstätigkeit der EIB in den Partnerländern des Mittelmeerraums bereits heute ermöglicht und die Partnerschaft zwischen der Union und den Ländern im südlichen und östlichen Mittelmeerraum verstärkt.

Die von den Staats- und Regierungschefs gewählte Lösung ermöglicht es der EIB somit, etappenweise einen größtmöglichen Beitrag zur Erreichung des beschlossenen Ziels einer Neubelebung des Barcelona-Prozesses und einer engeren Einbindung der Empfängerländer in die Umsetzung der Hilfe, die die Union für ihre Entwicklung bereitstellt, zu leisten.

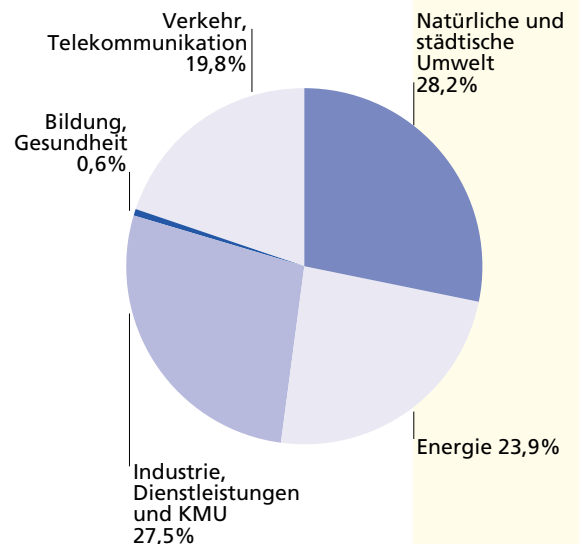
Henry Marty-Gauquié
Hauptabteilung Information und
Kommunikation
(+352) 4379 3153
h.marty@eib.org

(1) Vgl. EIB-Informationen 2-2001- Nr. 108
(2) Dieses Programm wird seit 1990 gemeinsam von der EIB, der Kommission und der Weltbank durchgeführt

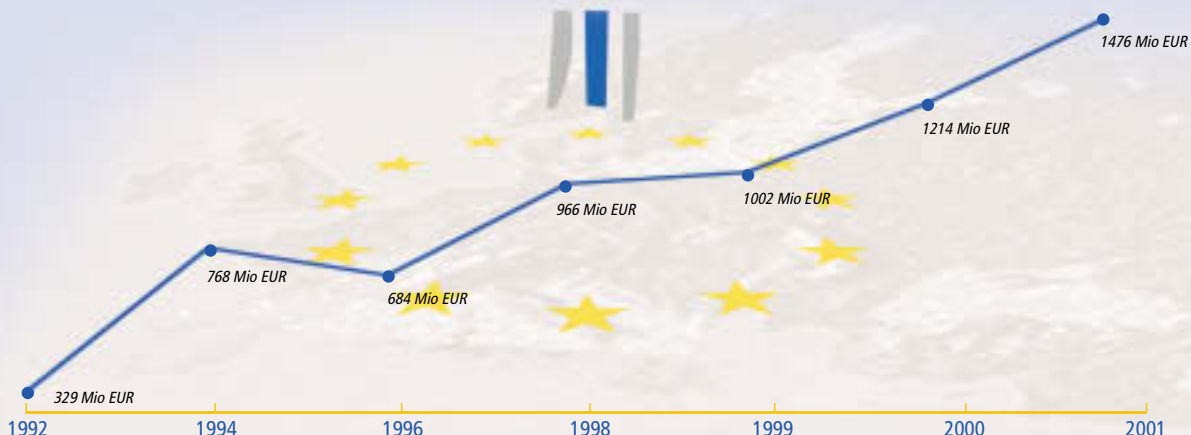
Ausstehende EIB-Finanzierungen nach Ländern zum 31.12.2001



Ausstehende EIB-Finanzierungen nach Wirtschaftsbereichen zum 31.12.2001



In den Partnerländern des Mittelmeerraums unterzeichnete Darlehen (1992-2001)



EIB-Informationen

ist eine periodisch in elf EU-Sprachen erscheinende Veröffentlichung der Hauptabteilung Information und Kommunikation der Europäischen Investitionsbank.

Der Nachdruck der in den EIB-Informationen erscheinenden Artikel ist gestattet. Um einen Quellenhinweis und um Übermittlung eines Belegexemplars wird gebeten.

Europäische Investitionsbank
100, boulevard Konrad Adenauer
L-2950 Luxemburg
Tel.: (+352) 4379-1
Fax: (+352) 43 77 04

Internet: www.eib.org
E-mail: info@eib.org

Hauptabteilung für Finanzierungen in Italien, Griechenland, Zypern und Malta

Via Sardegna, 38
I-00187 Rom
Tel.: (+39) 06 47 19 - 1
Fax: (+39) 06 42 87 34 38

Athen
364, Kifissias Ave & 1, Delfon
GR-152 33 Halandri/Athen
Tel.: (+30) 10 68 24 517 - 9
Fax: (+30) 10 68 24 520

Berlin
Lennéstrasse 17
D - 10785 Berlin
Tel.: (+49 - 30) 59 00 479 - 0
Fax: (+49 - 30) 59 00 47 99

Brüssel
Rue de la Loi, 227
B-1040 Brüssel
Tel.: (+32 - 2) 23 50 070
Fax: (+32 - 2) 23 05 827

Lissabon
Regus Business Center
Avenida da Liberdade, 110-2°
P-1269-046 Lissabon
Tel.: (+351) 21 34 28 989
Fax: (+351) 21 34 70 487

Madrid
Calle José Ortega y Gasset, 29
E-28006 Madrid
Tel.: (+34) 91 43 11 340
Fax: (+34) 91 43 11 383

Europäischer Investitionsfonds
43, avenue J.F. Kennedy
L-2968 Luxemburg
Tel.: (+352) 42 66 88 - 1
Fax (+352) 42 66 88 - 200

Internet: www.eif.org
E-mail: info@eif.org

Layout: EIB graphic workshop,
Sabine Tissot

Fotos: Bildarchiv EIB,
Getty Images,
Sue Cunningham,
Philips, Sade,
Siemens press photo,
Masterfile, LVDR.

Gedruckt in Luxemburg von Buck
auf Papier „Arctic Silk“, hergestellt
nach „Nordic Swan“-Normen



QH-AA-02-001-DE-C



EIB-Forum 2002 in Wien

Das EIB-Forum 2002 wird am 7. und 8. November 2002 in Wien stattfinden und dem Thema „Die EU vor der Erweiterung - konkrete Perspektiven“ gewidmet sein.

**BEI EIB
FORUM**
.....
2002 VIENNA

Zu dem Zeitpunkt, zu dem das diesjährige Forum abgehalten wird, wird die Erörterung der Frage der EU-Erweiterung an Intensität gewonnen haben, und der EU-Beitritt wird an der Spitze der politischen Prioritäten der Beitrittsländer stehen.

Bedeutende Persönlichkeiten werden auf dem Forum Gelegenheit haben, zu den Aussichten für einen erfolgreichen Abschluss der Beitrittsverhandlungen und für die mögliche Übernahme des Euro durch die neuen Mitgliedstaaten Stellung zu neh-

men. Gleichzeitig werden Aspekte angesprochen werden, die von unmittelbarem Interesse für die Kunden der Bank sind: Investitionsbedarf im Infrastrukturbereich und Prioritäten, Erfahrungen im Zusammenhang mit der Durchführung von Investitionsprojekten in den Beitrittsländern, Attraktivität der mittel- und südosteuropäischen Staaten für ausländische Direktinvestitionen und Mittelquellen für die Finanzierung des wirtschaftlichen Aufholprozesses dieser Länder. Ein weiterer Aspekt ist die Notwendigkeit, eine regional ausgewo-

genere Entwicklung zu ermöglichen.

Die EIB hat hochrangige Persönlichkeiten aus der EU und aus den Beitrittsländern als Redner zu diesem Diskussionsforum eingeladen und erwartet rund 300 Gäste aus Politik und Wirtschaft sowie aus dem Bankensektor.

Paul Löser
**Hauptabteilung Information
und Kommunikation**
(+352) 4379-3139
p.loeser@eib.org